Zeitschrift: Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde
Herausgeber: Historische und Antiquarische Gesellschaft zu Basel
Band: 68 (1968)

Artikel: Zur Vorgeschichte der liberal-konservativen Partei in Basel 1846-1874
Autor: Roth, Dorothea
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-117576

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zur Vorgeschichte der liberal-konservativen Partei in Basel 1846–1874

von
Dorothea Roth

Vorbemerkung: Der vorliegende Beitrag bildet die Einleitung zu einer Darstellung der liberal-konservativen Parteientwicklung in Basel, die im Rahmen der von Herrn Professor Dr. Erich Gruner in Bern angeregten Erforschung der Basler Parteigeschichte von 1875–1914 steht. Die Arbeit wurde ermöglicht durch das Entgegenkommen der Erziehungsbehörden von Basel-Stadt, die der Verfasserin eine Entlastung im Schulpensum an der Mädchenoberschule gewährten. Dafür sei der geziemende Dank ausgesprochen. Dank gebührt auch Herrn Dr. Andreas Staehelin und den Beamten des Staatsarchivs, die durch vielfache Hilfe den Gang der Arbeit erleichtert haben.

1. Die Basler Konservativen im Umbruch von 1846/1848

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts war Basel eine Stadt von knapp 30 000 Einwohnern. Die alteingesessene, in den Zünften gegliederte und im Besitz der politischen Rechte stehende Bürgerschaft betrug etwa einen Drittel der Bevölkerung; sie wählte aus ihrer Mitte den Großen Rat und den Stadtrat. Die ausführende Gewalt, die eigentliche Regierung, lag in den Händen einiger weniger durch Befähigung und Bereitschaft besonders ausgezeichneter Männer. Eine Ausschließlichkeit von Gesetzes wegen bestand nicht; weder Geburt noch Vermögen bildeten ein Vorrecht. Und doch war der Kreis der tatsächlich Regierenden eingeschränkt nicht nur durch die Tradition, sondern durch die geistigen und materiellen Voraussetzungen, die das Regierungsamt erheischte: ausgedehnte, im Geschäft, auf Reisen und durch Hochschulstudium erworbene Kenntnisse sowie eine finanziell unabhängige Stellung, da es keinerlei Besoldung gab. Ermöglicht wurde diese Lebensform durch die Bandindustrie, die seit den 30er Jahren einen starken Aufschwung genommen hatte und deren Gewinne während rund drei Jahrzehnten den mit großem Einsatz arbeitenden Fabrikanten die

Teilnahme an den öffentlichen Geschäften und eine intensive Tätigkeit in der städtischen Verwaltung gestatteten[1].

In seinem Werk «De la Démocratie en Suisse» zeigt der Genfer Jurist und Nationalökonom A.-E. Cherbuliez, wie in der nicht voll entwickelten Demokratie der Einfluß der oberen auf die untern Klassen sich besonders auf die Sitten und das moralische Verhalten auswirkt[2]. Wenn die Regierungsfähigkeit der «ersten Familien» sich auf keine gesetzliche oder verfassungsmäßige Bestimmung stützen kann, muß sie durch die geistige Überlegenheit und die bedeutenden Leistungen ihrer Glieder bewiesen werden; wer zu den ersten Bürgern einer Republik gehören will, muß seine Fähigkeiten und die Integrität seiner Persönlichkeit jederzeit bezeugen können. So werden die ersten Familien zu Vorbildern des gesellschaftlichen Verhaltens. Ihr Einfluß erstreckt sich auf die gesamte Lebensführung – die soziale Ordnung ist das Abbild der politischen[3]. Fortbe-

[1] Aus der umfangreichen Literatur sei hier das Wichtigste hervorgehoben: Paul Burckhardt, Geschichte der Stadt Basel von der Reformation bis zur Gegenwart, Basel 1942. Die vom selben Autor verfaßten Neujahrsblätter von 1912, 1913 und 1914 behandeln die Jahre 1833–1848. Eduard His, Basler Handelsherren, Basler Staatsmänner, Basler Gelehrte des 19. Jahrhunderts, Basel 1929, 1930 und 1941; Walter Bodmer, Schweizerische Industriegeschichte, Zürich 1960; Alfred Bürgin, Geschichte des Geigy-Unternehmens von 1758 bis 1939, Basel 1958; Walter Mangold, Die Entstehung und Entwicklung der Basler Exportindustrie, Basel 1935; derselbe in Ciba-Rundschau 27, Juli 1938; Carl Burckhardt-Sarasin, Aus der Geschichte der Basler Bandindustrie, Manuskript, o. J. – Parteigeschichte: Otto Zumstein, Beiträge zur Basler Parteigeschichte, Diss. Basel 1935; Alfred Ludwig, Die Finanzpolitik der Basler Konservativen von 1833–1914, Diss. Weinfelden 1946; Edmund Wyss, Die soziale Politik des konservativen Bürgertums in Basel (1833–1875), Diss. Weinfelden 1948; Wilfried Haeberli, Der erste Klassenkampf in Basel..., in Basler Zeitschrift 64, 1964; Walter Lüthi, Die Struktur des Basler Großen Rates 1875 bis 1914, ibid. 62 und 63, 1962 und 1963.

Ferner wurden herangezogen: die «Bevölkerungsaufnahmen von Baselstadt», die seit 1837 in jedem Jahrzehnt vom Kleinen Rat veranlaßt wurden. Die «Bevölkerungsaufnahme» für 1847 gibt folgende Zahlen an: Gesamtbevölkerung 28 067 Seelen. Unter diesen befinden sich 9119 Stadtbürger und 10 598 niedergelassene Schweizer. Unter diesen letzteren: ca. 3000 Männer ab 20 Jahren (die für das Stimmrecht in Frage kommen). Diese Angaben, die man nicht als das Resultat einer wissenschaftlichen Zählung betrachten kann, sind der Tabelle III entnommen.

[2] Antoine-Elisée Cherbuliez (1797–1869), Professor für öffentliches Recht und Nationalökonomie in Genf, später am Eidgenössischen Polytechnikum in Zürich. Nach dem Putsch vom Oktober 1846 in Genf legte er seine Ämter nieder. «De la Démocratie en Suisse» erschien 1843. Das folgende aus dem 2. Teil: Unter «Résultats Généraux – Des Mœurs et des Partis.» Den Hinweis auf dieses Werk verdanke ich Herrn Professor Dr. E. Gruner.

[3] Cherbuliez, p. 293.

stand von Ruhe und Sicherheit sowie die Erhaltung der religiösen und moralischen Grundsätze sind daher oberste Sorge der maßgebenden Familien.

Die Ausbildung einer in diesem Sinn «traditionalistischen» Gesellschaft ist in Basel sehr stark gefördert worden durch die Ereignisse von 1833; nicht nur der Landschaft, sondern auch den meisten schweizerischen Kantonen ist die Stadt damals entfremdet worden.

«Konservatismus», konservatives Denken als besondere Strömung innerhalb eines allgemeinen Traditionalismus, entsteht nach Karl Mannheim dann, wenn sich auch auf der Seite der Bewegung ein besonderes Fortschreiten bemerkbar macht[4]. Dies trifft auf Basel um die Mitte der 40er Jahre mit den ersten Regungen des Freisinns im «Patriotischen Verein» und in der «Schweizerischen Nationalzeitung» zu. Der Anstoß, der nicht zu einer Parteigründung, sondern höchstens zu einer Selbstbesinnung führt, ist aber nicht so sehr das Zunehmen der oppositionellen Strömung in der Stadt selbst als vielmehr ein von außen herantretendes Ereignis: der Sturz der konservativen Genfer Regierung durch James Fazy, der sogenannte Genfer Putsch vom Oktober 1846.

«Die Nachrichten aus Genf haben bei uns so gewirkt, als ob die Ereignisse hier vorgefallen wären; wir sind an der Rhone totgeschlagen worden», schreibt Andreas Heusler[5]. Die Stadt geriet in Bewegung: das bezeugen die verschiedenen Berichte über die Stimmung der Bevölkerung, die damals im Auftrag der Regierung von Polizeibeamten verfaßt wurden[6]. In allen Wirtshäusern wurde diskutiert; während die Freisinnigen triumphierten, traten auch die Konservativen zusammen, um sich über die Situation klar zu werden. Wer nun erwartet, daß daraus ein engerer Zusammenschluß politisch Gleichgesinnter entstehen würde, täuscht sich: aus einer dieser Zusammenkünfte erwächst – auf Grund der Erkenntnis, dass in Basel «das Zusammenwirken zwischen Bürgerschaft und Behörden» nicht mehr in wünschenswerter Weise bestehe – die Forderung nach einer Revision der kantonalen Verfassung. Die

[4] Karl Mannheim, Das konservative Denken, Soziologische Beiträge zum Werden des politisch-historischen Denkens in Deutschland, Arch. f. Sozialwiss. u. Sozialpolitik, 57, 1927.

[5] Briefwechsel zwischen Georg von Wyss und Andreas Heusler-Ryhiner 1843–1867, hg. von Eduard His, Basler Zeitschrift 32, 1933, p. 52.

[6] «Berichte über die politischen Verhältnisse und die Stimmung in Basel vom 8. 8. 1845–8. 12. 1846», Staatsarchiv Basel, Priv. Arch. 212 (zitiert als «Berichte»). Es handelt sich um Briefe eines Polizeihauptmanns an die Bürgermeister sowie um Berichte eines von der Polizei angestellten Unbekannten, der die Stimmung der Bevölkerung zuhanden der Regierung erforschen mußte.

Petition, die die Einberufung des Großen Rates forderte, wurde in den Zeitungen veröffentlicht und zirkulierte in mehreren Exemplaren in der Stadt. Sie wurde von etwa 300 Bürgern unterzeichnet[7]. Ein starker Kern der Bürgerschaft will das Auseinanderfallen in Parteien verhüten. Der Große Rat beschließt, die Verfassungsänderung nicht selbst zu vollziehen, sondern einen Verfassungsrat bestellen zu lassen. Für die Wahlart dieses neuen Gremiums werden zwei Neuerungen angenommen, die später im Wahlgesetz verankert werden und in der Folge bis 1875 gültig sind:

– das Alter der Wählbarkeit wird von 24 auf 20 Jahre herabgesetzt – was eine Vermehrung der Wählbaren um etwa 200 Personen bedeutet – und zu den herkömmlichen Wahlarten durch die Zünfte und die 5 Wahlkollegien treten Quartierwahlen, die von den Mitgliedern des Stadtrates präsidiert werden.

Daß die neue Verfassung, die am 8. April 1847 vom Volk angenommen wurde, keine Änderung gegenüber der früheren aufwies und daß auch der Große Rat beinahe unverändert wieder gewählt wurde (ein Wechsel fand nur in der Regierung statt, wo zwei Ratsherren wegen ihrer ablehnenden Haltung in der eidgenössischen Frage zurücktreten mußten und durch Männer des Juste Milieu ersetzt wurden), zeigt die starke Stabilität der politischen Verhältnisse in Basel: Die durch den Genfer Putsch heraufbeschworene Krise war innerhalb der Bürgerschaft, im Rahmen der alten staatlichen Ordnung, beigelegt worden.

Eine neue Erschütterung kündete sich an, als mit der Einführung der Bundesverfassung im Herbst 1848 die schweizerischen Niedergelassenen das Stimmrecht in kantonalen Angelegenheiten erhielten. Für die ersten Großratswahlen im Dezember 1848 mußte daher das Wahlgesetz angepaßt werden: das bisherige System der Zunft-Kollegien- und Quartierwahlen wurde beibehalten und die stimmberechtigten Schweizerbürger den Wahlzünften zugewiesen, wo sie ihr Stimmrecht ausüben konnten[8]. Ein Vergleich der Wahlen vom Frühjahr 1847 (ohne schweizerische Stimmberechtigte) mit denjenigen vom Dezember 1848 (mit schweizerischen Stimmberechtigten) ergibt folgendes Bild:

[7] Veröffentlichung der Petition: «Basler Zeitung» 21. 10. 46 und «Intelligenzblatt» 24. 10. 46. Die gleichzeitig vom «Patriotischen Verein» verfaßte Petition hat fast denselben Wortlaut wie diejenige der liberal-konservativen Versammlung (die in den «Drei Königen» stattfand). Sie enthält zusätzlich die Forderung nach dem Stimmrecht aller Milizpflichtigen. Die Originale der Petitionen sowie die Unterschriften: Staatsarchiv Verfassung B 4.

[8] Das Wahlgesetz vom 5. 4. 1847 wurde ersetzt durch dasjenige vom 23. 11. 1848.

An der Abstimmung über die Verfassung (8. 4. 1847) beteiligten sich 1491 Bürger, etwa die Hälfte der Stimmberechtigten[9]. Bei den Großratswahlen war die Beteiligung noch geringer: in den Zünften stimmten etwa 1000, in den Kollegien und Quartieren waren es nur noch je knapp 800[10]. Bei den ersten Wahlen, an denen die schweizerischen Niedergelassenen mitstimmen durften, den Großratswahlen im Dezember 1848, sind die Zahlen der Beteiligten kaum höher: am deutlichsten ist der Unterschied bei den Zunftwahlen, wo 187 Stimmen mehr abgegeben werden als 1847[11]. Auch die Kollegien- und Quartierwahlen weisen keine höhere, eher eine etwas geringere Beteiligung auf als 1847.

Die Zahl der stimmberechtigten Schweizer wird 1848 mit 377 angegeben[12]. Dies ist bei der früher genannten Gesamtzahl der schweizerischen Niedergelassenen sehr wenig. Wenn wir den angegebenen Zahlen trauen wollen, so muß der Schluß gezogen werden, daß nur etwa 10% der schweizerischen Niedergelassenen die Requisite für die Stimmberechtigung besaßen. Es waren also wenige, die mit den veränderten politischen Verhältnissen etwas gewannen. Und nur etwa die Hälfte dieser wenigen übte ihr Recht tatsächlich aus.

Die Zünfte, in denen die Wahlen am Sonntag stattfanden, blieben die wichtigsten Wahlkörper. An den darauffolgenden Werktagen nahm die Wahlbeteiligung ab. Wer konnte es sich leisten, mehrmals während der Woche einen halben Tag zu versäumen, um an den Sitzungen der Wahlkommissionen teilzunehmen? Auch Basels Anschluß an die Bundesverfassung hatte die soziale und damit die politische Struktur nicht zu ändern vermocht. Und doch können die geschilderten Vorgänge an den wachen und traditionsbewussten

[9] Aus «Kundmachung betreffend das Ergebnis der Abstimmung über die revidierte Verfassung vom 8. 4. 1847». Die Zahl der Stimmberechtigten kann aus der «Bevölkerungsaufnahme» von 1847 einigermaßen geschätzt werden: männliche Stadtbürger von 20 Jahren an: 2880.

[10] Diese Zahlen sind aus den Abstimmungsakten geschätzt.

[11] Diese Summe ergibt sich, wenn man in den Protokollen der 16 Wahlzünfte die Zahl der jeweils beim ersten Wahlgang Stimmenden zusammenzählt. Bei 13 der 16 Wahlzünfte liegt die Beteiligung 1848 leicht höher als im Jahr zuvor (z. B. Hausgenossen +22, Rebleuten +14 Stimmen usw. Die Weberzunft weist mit +34 Stimmen den größten Zuwachs auf). Bei den Metzgern ist die Beteiligung in beiden Jahren gleich (58), bei den Schmieden und Brodbecken ist sie sogar leicht geringer (–5 bzw. –10). St. A. Abstimmungsakten, Räte und Beamte A 4, 1847 und 1848.

[12] Für die Großratswahlen vom Dezember 1848 besteht eine handschriftliche Aufstellung, in der die Stimmberechtigten, aufgeteilt nach Quartieren, angeführt sind: Stadtbürger 2260, Niedergelassene der Landgemeinden 65, stimmberechtigte Schweizer 377; total 2702. St. A. Räte und Beamte A 4, 1848.

Häuptern des Basler Regimentes nicht spurlos vorübergegangen sein. Es lassen sich drei Gruppen unterscheiden, die von den Persönlichkeiten her bestimmt sind und deren allgemeine Denkrichtung in zwei Fällen in der Presse einen Niederschlag findet: die Altkonservativen um Andreas Heusler und die «Basler Zeitung», Karl Sarasin und der Bürgerverein, dessen Organ das «Intelligenzblatt» ist, und schließlich Adolf Christ als Haupt einer Gruppe, die zu unserm Zeitpunkt noch nicht faßbar ist und erst in den folgenden Jahrzehnten deutlicher hervortritt.

Ratsherr Heusler als Exponent konservativer baslerischer Politik braucht hier nicht vorgestellt zu werden. Obwohl seine Persönlichkeit und sein politisches Verhalten allbekannt sind, muß auf einige seiner Gedanken hingewiesen werden, da wir in ihnen die Haltung des «Altkonservativen» am reinsten vertreten finden[13]. Heusler betrachtet den Genfer Umsturz nicht als das Werk einer bloß oppositionellen, d. h. freisinnigen Politik, sondern als eine tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzung. Er zieht daraus den Schluß, daß die «sociale Frage», das Verhältnis sowohl der Oberschicht als der Bürgerschaft überhaupt zu den arbeitenden Klassen, das brennende Problem der Zeit darstelle. Durch die Zunahme und, wie er glaubt, «die Organisation der Arbeiterklasse» sei innerhalb der Bevölkerung eine Entfremdung eingetreten, die von den für das Gemeinwesen Verantwortlichen behoben werden müsse: «teils durch Einräumung einer bessern bürgerlichen Stellung, teils durch Sorge für ihre materiellen Bedürfnisse, teils durch persönliche und gemütliche Annäherung an dieselben[14]».

Die Ursachen der gegenwärtigen verbreiteten Unzufriedenheit seien nicht rein ökonomischer Art, sie lägen vielmehr in einer allgemeinen Veränderung aller Verhältnisse[15]: der materiellen (z. B. das Aufkommen der Eisenbahnen) wie der geistigen (eine Wandlung des bürgerlichen Ehrbegriffs). Die Aufgabe des Staates könne daher nicht in einer einmaligen durchgreifenden Reform, wie es

[13] Literatur zu Andreas Heusler I (1802–1868): Basler Zeitschrift 28, 1929; Eduard His: Basler Staatsmänner des 19. Jahrhunderts, Basel 1930; Professoren der Universität Basel aus fünf Jahrhunderten (Max Burckhardt), herausgegeben von Andreas Staehelin, Basel 1960. Sehr aufschlußreich für die Entwicklung der Persönlichkeit Heuslers, der wie viele konservative Basler in seiner Jugend einem idealistischen Liberalismus huldigte, ist der Aufsatz von Max Burckhardt (Basler Jahrbuch 1955), wo die Tätigkeit des Studenten Heusler in den deutschen Burschenschaften der 1820er Jahre geschildert wird.

[14] Heusler an Georg von Wyss, 25. 10. 1846, Basler Zeitschrift 32, 1933, p. 56.

[15] Serie von zehn Artikeln Heuslers in der «Basler Zeitung» vom 9.–20. 11. 1846 «Gestern Heute Morgen».

z. B. die Einführung der Gewerbefreiheit wäre, bestehen, sondern es gelte, das Bestehende (etwa die Gewerbeordnung) den gewandelten Umständen anzupassen. Die Forderungen nach materieller Besserstellung und nach geistiger und sittlicher Hebung des Volkes seien erst nach der politischen Emanzipation des Bürgertums in der Französischen Revolution aufgetaucht. Sie können, nach der Ansicht Heuslers, im Rahmen des patriarchalischen Staates durchaus erfüllt werden. In Basel bietet die jahrhundertealte Zunftverfassung die beste Gewähr. Als Maßnahmen zu einer Erneuerung der städtischen Gemeinschaft von innen her werden vorgeschlagen: Gesamterneuerung des Großen Rates alle 2 Jahre (statt Teilerneuerung alle 3 Jahre), Erleichterung der Aufnahme ins Bürgerrecht und Veranstaltung von «bürgerlichen Festen» zur Stärkung des Gemeinschaftssinnes bei Anlaß der Wahlen.

Das konservative Denken verzichtet auf das Erreichen eines systematisch Möglichen und knüpft an das Vorhandene, das konkret Bestehende an[16]. Die Anschauung Heuslers, daß der Volkskörper ein unteilbares organisches Ganzes darstelle, dessen größte Gefährdung in der Zersplitterung bestehe, verbietet jegliche Beeinflussung der Wähler. Die «Basler Zeitung» unternimmt nicht den geringsten Versuch, für die von Heusler vertretene Ansicht zu werben. Wenn die Wahlen eine Erneuerung von innen sein sollten, durften sie in keiner Weise gelenkt werden. Ebensowenig ist die Rede von einem organisatorischen Zusammenschluß, einem Unternehmen, das nur von ferne an eine Parteigründung gemahnen würde.

Etwas anders sehen die Dinge aus bei unserer zweiten, um das «Intelligenzblatt» gescharten Gruppe. Unter dem bezeichnenden Titel: «Bemerkungen zum Wahlkampf» war im November 1846 – vor den Wahlen in den Verfassungsrat – der Unterschied gegenüber früher festgestellt worden:

«Öffentliche Wahlen gingen früher fast unvorbereitet vor sich. Verabredungen wurden nur in kleinem Kreise geführt, und so kam es, daß der Große Rat jeweils eine Bestätigung der vorherigen, aber nicht eigentlich eine Vertretung der jetzigen Bürgerschaft war.»

Es sei den Radikalen verübelt worden, daß sie bei den letzten Wahlen gedruckte Vorschläge gemacht hätten, doch könnte ein solches Vorgehen nicht mehr getadelt werden, im Gegenteil: der jetzt zu bestellende Verfassungsrat müsse beide Gruppen, Radikale wie Konservative, umfassen, und somit sei es nötig, daß beide ihre

[16] Karl Mannheim, op. cit. p. 84 und 86: «Konservativer Reformismus besteht in Austausch (Ersetzung) von Einzeltatsachen durch andere Einzeltatsachen (‚Verbessern‘)».

Vorschläge im voraus bekanntgäben. Entsprechend dieser Einsicht bringt das Blatt einige Inserate zugunsten einzelner Kandidaten[17].

Die Frage der Erneuerung wird im «Intelligenzblatt» auch von der wirtschaftlichen Seite gesehen: es ist Karl Sarasin, der in einer Reihe von Artikeln die Stellung der Zünfte untersucht[18]: Der Standpunkt des allgemeinen Wohls verbiete eine Lösung, die nur einer Klasse von Bürgern zugute käme, in diesem Sinn sei das Zunftwesen nicht unantastbar. Der Zunftzwang dürfe das Aufstreben des einzelnen nicht hindern, der Staat habe für die Hebung der Handwerkstände durch finanzielle Zuwendungen und die Möglichkeit bester Ausbildung Vorsorge zu treffen. Die Handwerker müßten in den Stand gesetzt werden, sich selbst zu helfen, denn ein dauerhafter und wirksamer Schutz würde nicht durch staatliche Gesetze, sondern nur durch «Gemeinsinn und vaterländische Gesinnung» gewährleistet. Auf die entscheidende Frage: Aufhebung des Zunftzwangs oder nicht, gibt Sarasin keine klare Antwort. Der Passus seines Manuskripts «Ich halte die Zünfte ... (für eine) geeignete Einrichtung zur Aufrechterhaltung, Förderung und Hebung der Gewerbe» ist nicht gedruckt worden[19].

Was die Zunfthandwerker am meisten fürchteten, war das Recht der freien Niederlassung, das nach dem Anschluß an die Eidgenossenschaft gewährleistet werden mußte. Sie sahen darin den kommenden Ruin ihrer beruflichen Existenz. Rettung und Hilfe erwarteten sie nicht von den Radikalen, deren Bestreben auf Verbindung mit den schweizerischen Kantonen gerichtet war, sondern von der Regierung. Die Anliegen der gewerbetreibenden Kleinbürger kommen sehr anschaulich zum Ausdruck in den Petitionen, die während der Verfassungsrevision an die Behörden gerichtet wurden; es zeigt sich, daß die Ansichten und Bedürfnisse der von ihrer Hände Arbeit Lebenden – über die Opposition der Radikalen

[17] «Intelligenzblatt», 23., 24. und 26. 11. 1846. Einzelne Kandidaten werden empfohlen: «Ein zahlreicher Verein von Männern aus dem 2. Wahlkollegium», oder: «Eine Anzahl ganz unparteiischer Männer».

[18] Karl Sarasin (1815–86) gehörte seit 1845 dem Großen Rat an und war 1846 Mitglied des Verfassungsrates. Ratsherr wurde er 1856. Vgl. Eduard His, Basler Handelsherren des 19. Jahrhunderts, Basel 1929. Die ausführliche Biographie von Traugott Geering, die eine Fülle von Material enthält, liegt in Maschinenschrift vor. Eine erste Artikelfolge «Das Innungswesen oder das Noli me tangere» erschien im November 1846, eine zweite im November/Dezember 1848: «Über die Verhältnisse unseres Handwerkstandes» («Intelligenzblatt»). Die Autorschaft Sarasins ergibt sich nach Geering I, 172ff.

[19] Geering nimmt an, dieser letzte Satz, der für die Erhaltung des Zunftwesens spricht, sei von Wilhelm Schmidlin gestrichen worden; Geering I, 180.

hinweg – weitgehend mit den Auffassungen der Konservativen übereinstimmten[20].

So verlangten «die meisten hiesigen Handwerker» (das Schriftstück ist von etwa 40 Namen unterzeichnet) Verbot der freien Niederlassung und der Gewerbefreiheit. In eigenen Eingaben forderten die Fischer den Schutz des erlernten Berufs gegenüber den ungelernten Fischern und Fahrern auf dem Rhein, die Bäcker eine strengere staatliche Kontrolle beim Wägen des Brotes, die Metzger die Möglichkeit, auch außerhalb der «School» schlachten zu können, und schließlich die Leinenweber, die ihre Tätigkeit nur außerhalb der Stadt, in Kleinhüningen, Riehen und Bettingen, ausüben durften, Schutz ihres Handwerks gegen ausländische Konkurrenz. Der Schreinermeister Wilhelm Immler bittet E. E. Rath, «Gesetze zu erlassen zur Erholung unseres gebeugten Handwerkerstandes». Er wehrt sich gegen die Freiheit des Gewerbes: «Sorgt nur für uns, die wir im engeren Kreise einander verpflichtet sind.» Eine andere Petition, unterschrieben von «vielen Mitbürgern», bittet die Regierung, dem Fleißigen, «der sich durch seiner Hände Arbeit durchbringt», Schutz zu gewähren.

«Die Ursache des immer mehr überhand nehmenden Elends und somit auch der wachsenden Unzufriedenheit unter dem sonst so glücklichen Mittelstand wie besonders unter der ärmeren Volksklasse besteht darin, daß man durch neue Einrichtungen, so wie Eisenbahnen, Dampfmaschinen, vermehrte Obrigkeit, Schulen, Herabsetzung der Preise den Leuten Verdienst und Brod entzieht...»

«Wie schön und löblich solche Einrichtungen ... wie z. B. Erleichterung des Schulgeldes für Unbemittelte, so verlieren sie ihren ganzen Werth dadurch, daß man andere dessen beraubt, was man ihnen vielleicht nie mehr zu ersetzen im Stande ist.»

Aus solchen Äußerungen spricht die Skepsis des untern Mittelstandes sowohl gegenüber dem technischen Fortschritt als auch gegenüber den Verheißungen des Freisinns. In einer weiteren Eingabe wird die folgende Frage, die die neue Regierung «mit der Hand auf dem Herzen» beantworten müsse, als «Baselische Lebensfrage» dargestellt:

«Ist denn in Zukunft in der Mitte unserer gesetzgebenden Behörde dem ... Proletarierstande (Besitzlosenstande) auch einen (sic) Platz vorbehalten, um sich in Gesetz und Recht verteidigen zu können, um den jungen unbemittelten Anfänger vor dem Geldzwange zu schützen und ihm den Antritt eines Geschäftes zu erleichtern.»

[20] St. A. Verfassung B 4. Etwa 25 Petitionen, im Dezember 1846 an die Verfassungskommission gerichtet.

«Das erste Bedingnis eines volksouverainen Staates», heißt es weiter, bestehe «ohnstreitig in physischem und moralischem Verbesserungszustand des Volkes, in ungeheuchelter Gottesliebe, Bruderliebe ...»

Diese Ausschnitte zeigen, daß ein Andreas Heusler, wenn auch bloß theoretisch, ein sicheres Gefühl für Stimmung und Bedürfnisse des Volkes hatte, wenn er von der Notwendigkeit einer sozialen Reform und einer «gemütlichen Annäherung» an die arbeitenden Klassen sprach.

Zusammen mit Wilhelm Schmidlin, dem späteren Centralbahndirektor und Kämpfer für den Freihandel, unternahm Sarasin den Versuch, das gewerbetreibende Bürgertum zu einigen und für das politische Leben zu gewinnen durch die Gründung des «Bürgervereins» im Januar 1847[21]. Der Verein soll der «Beförderung des wahren und aufgeklärten Liberalismus» dienen, indem Aussprachen «über schweizerische Tagesgeschichte, über wichtige nationalökonomische, statistische und soziale Fragen» veranstaltet werden[22]. Darüber hinaus will man aber auch das politische Leben in Basel beeinflussen. In der Sitzung vom 4. Dezember 1848 beschäftigt sich der Vorstand mit den Wahlen in den Großen Rat: «Es wird abgeredet, keine Wahlvorschläge einzugeben und sich überhaupt passiv zu verhalten, solange nicht von radikaler Seite agitiert wird.» Die «Wahl» in den Großen Rat wird aufgefaßt als eine Bestätigung des bisherigen Bestandes, der dadurch gewährleistet wird, daß jedermann sein Stimmrecht ausübt, d. h. zum Skrutinieren erscheint. Immerhin geht man so weit, ein Verzeichnis der Mitglieder des Großen Rates drucken und an die Abonnenten des «Intelligenzblattes» verteilen zu lassen. Die Leser der Zeitung werden als die möglichen Wähler betrachtet.

In der Frage der Verfassungsrevision nahm der Bürgerverein eine unentschiedene Haltung ein. Die Statuten anerkennen die Notwendigkeit einer Revision «ohne Parteirücksichten», betonen aber gleichzeitig den Willen zur Erhaltung des «gesetzmäßigen Zustandes». Mit der Bemerkung, daß die Einigkeit der Bürger die Voraussetzung für das öffentliche Wohl bilde, ist deutlich Stellung genommen gegen die Bestrebungen des Freisinns, die nach konservativer Anschauung darauf ausgingen, das Volk zu «entzweien». Trotz dem wirtschaftlichen Liberalismus, der von Schmid-

[21] Einige wenige Akten über den Bürgerverein aus den Jahren 1847–49 finden sich im St. A. Priv. Arch. 332, aus denen im folgenden zitiert wird.

[22] Wilhelm Schmidlin an Karl Sarasin, undatiert (als Zeit der Abfassung ergibt sich aus dem Inhalt die Zeit, in der der Bürgerverein seine Tätigkeit aufnahm: 1847/48). St. A. Priv. Arch. 212.

lin und Sarasin theoretisch verfochten wurde, blieb der Verein politisch konservativ: er war auf die Wahrung der Interessen der städtischen Bürgerschaft ausgerichtet. Diese binnenstädtische Orientierung dürfte der Grund gewesen sein, daß Sarasins Vereinigung getrennt blieb von dem lockeren Zusammenschluß aufgeschlossener Konservativer, die man «Juste Milieu» nannte. Auch das Juste Milieu stellte die wirtschaftlichen Fragen in den Vordergrund, sah ihre Lösung aber in viel größerem Rahmen und erstrebte die Verständigung Basels mit der Eidgenossenschaft. Dem Experiment einer gewerblichen städtischen Partei war kein Erfolg beschieden. Nach zwei Jahren mußte der Bürgerverein seine Tätigkeit einstellen, da es nicht mehr gelingen wollte, die Handwerker zum Besuch der Veranstaltungen zu bringen, geschweige denn sie zum Zahlen der Beiträge zu bewegen. «Mit diesen Leuten ist es wertlos, vorwärts schreiten zu wollen, und werden dieselben ihrem Schicksal überlassen bleiben müssen.» Damit schließt Sarasin das letzte Protokoll vom 19. April 1849.

Wenn wir nun zur Darstellung des dritten Kreises des konservativen Denkens übergehen, dann stellt sich eine Verlegenheit ein: diese letzte Richtung ist nur durch ein einziges Dokument belegt, das allerdings von einem Manne stammt, der in der Basler Politik der folgenden Jahrzehnte eine repräsentative Stellung einnahm: Ratsherr Adolf Christ. Der große Einfluß, den er während seiner langen Laufbahn als Staatsmann ausübte, rechtfertigt es, daß wir die Gedanken, die er in einer Petition zur Verfassungsänderung niederlegte, als das eigentliche Programm einer bestimmten politischen Richtung betrachten[23]. Obwohl er der Verfassungsänderung ablehnend gegenübersteht, hält er es für seine Pflicht, seine Meinung abzugeben.

Anpassung an die gegebenen Umstände und hohes persönliches Verantwortungsbewußtsein zeigen sich als Grundkräfte von Christs Wesen. Wichtig an der neuen Verfassung sei die Einfachheit, fährt er fort. «Entscheiden wir nur Fragen, die entschieden werden müssen, und bescheiden wir uns dagegen, manches der weitern Entwicklung zu überlassen.» Er warnt vor «Experimenten» und empfiehlt, «nur Bewährtes, für uns in Basel Bewährtes» aufzunehmen. «Der fremde und wenn auch landläufige, doch den meisten unverständliche Ausdruck: Souveränität sollte womöglich wegbleiben, und die Sache, über die kein Zweifel waltet, anders ausgedrückt werden.» Man möge sich hüten, an dem bestehenden Verhältnis von Staat und Kirche zu rütteln, denn: «was wir hier in Basel sonst von Religionsfreiheit in praxi genießen, wird besser

[23] Das Schreiben liegt bei den Petitionen, St. A. Verfassung B 4 (Nr. 9).

durch den Geist gegenseitiger Liebe in der Bürgerschaft als durch irgendeinen Paragraphen geschützt.»

Adolf Christ hatte in den folgenden Jahrzehnten vielfach Gelegenheit, diese hier skizzierte Grundhaltung in der politischen Praxis einzunehmen: Eine vorsichtige Scheu vor abrupten Entscheidungen, bei vollem Vertrauen auf die geschichtliche Entwicklung, Skepsis vor starren Begriffen, aber auch vor allzu starker Reglementierung von lebendigen Verhältnissen und schließlich die selbstverständliche Annahme, daß für das Wohl des Ganzen der Geist – bei Christ war es derjenige eines scheinbar unproblematischen, zutiefst in seiner Persönlichkeit verwurzelten Christentums – und nicht die Gesetze ausschlaggebend seien.

Wir können es uns nicht versagen, im Anschluß an diese Äußerungen ein Unternehmen zu erwähnen, in dem die Lebendigkeit der patriarchalischen Gesinnung, die Verbundenheit zwischen den regierenden ersten Familien und der Masse der Bevölkerung, tatkräftig zum Ausdruck kommt: die Hilfsaktionen zur Behebung der Lebensmittelnot.

Der von der Regierung angestellte Beobachter betont öfter, daß die allgemeine Stimmung im ganzen nicht gegen die Behörden gerichtet sei. «Brenners Einfluß in den untern Klassen ist erloschen[24]», bemerkt er im Dezember 1846 und schreibt das nicht so sehr einem Wandel der politischen Gesinnung als vielmehr der wirtschaftlichen Lage zu: die Jahre 1845–1848 stehen im Zeichen von Knappheit an Lebensmitteln und von hohen Preisen (1847 ist von Paul Burckhardt als «Hungerjahr» bezeichnet worden[25]). Der Beobachter stellt fest, daß mit dem Nahen des Winters das Interesse für die Politik abnimmt und daß in den Wirtshäusern vornehmlich die materiellen Fragen diskutiert werden. «Ein Umstand ist, daß das Volk bei der eingebrochenen Noth weniger empfänglich ist für Agitation, ... weil es weiß, daß ihm hier geholfen wird und die Hilfe meist von den Conservativen herrührt[26].»

Diese Hilfe bestand in Maßnahmen der Regierung, die in der Art eines vorsorglichen Hausvaters auf die Belieferung der Stadt

[24] «Berichte» 12. 12. 1846. Von Brenner heißt es an dieser Stelle: «Man sagt, er habe ... nach einem Sessel getrachtet und bloß sich, nicht aber die Sache im Auge gehabt. Von Jesuiten, Sonderbund wird bereits gar nichts mehr gesprochen, und würde dieses Thema nicht alltäglich durch die Blätter aufgefrischt, so würde noch viel weniger politisiert.» (Gemeint ist Carl Brenner-Kron, 1814–1883).

[25] Neujahrsblatt 1914, p. 50. Die Teuerung dieser Jahre wird bestätigt im Handbuch für schweizerische Volkswirtschaft, Artikel «Preisbewegungen und Konjunkturen».

[26] «Berichte» 13. 2. 1847.

mit dem lebensnotwendigen Brot bedacht war. Urheber dieser Fürsorge war diejenige Instanz, die noch während der folgenden drei Jahrzehnte als der innerste Kern der Konservativen zu betrachten ist, der Stadtrat. Schon im September 1845, in der Einsicht, daß «die Vorsorge für bescheidene Befriedigung der Lebensbedürfnisse, namentlich der dürftigeren und mittellosen Classen, ... unabweisliche Pflicht einer Regierung» sei[27], war der günstige Einkauf eines großen Quantums Getreide veranlaßt worden. Zur Finanzierung wurde eine unverzinsliche Anleihe ausgeschrieben. Die Liste der Geldgeber (mit Angabe der einbezahlten und zurückerstatteten Beträge) ist erhalten; alle Namen des alten Basel sind darauf vertreten[28]. Der Verkauf des Getreides durch die städtischen Behörden verlief nicht ohne Zwischenfälle[29]. Trotz den Schwierigkeiten und Verlusten hielten die begüterten Bürger an ihrer Verantwortung für die Versorgung der Stadt fest: neben die städtische Fruchtkommission trat ein privater «Fruchtverein», der das Werk weiterführte. Nach den Aussagen des Beobachters nehmen die Gespräche über die Versorgung einen breiten Raum ein bei den abendlichen Zusammenkünften in den Wirtshäusern, und die Maßnahmen der Stadtväter werden nicht schlecht aufgenommen: «In Betreff der Teuerung wird die Fruchtkommission ungemein belobt und die Regierung nicht – wie es bei solchen Anlässen gewöhnlich der Fall ist – getadelt noch beschimpft[30].»

[27] Stadtrat an Finanzkollegium, 30. 9. 1845. Vom 10. 11. 1846 – 3. 8. 1847 wurden 15 293 Personen mit 1,3 Millionen Pfund Brot zum ermäßigten Preis von 13–15 Rappen pro Pfund versorgt. St. A. Akten Frucht und Brot J 7. Vgl. Elisabeth Banderet, Obrigkeitliche Marktpolitik im 19. Jahrhundert, (Staatswiss. Stud., 15), Weinfelden 1944.

[28] St. A. Frucht und Brot J 7. Die Anleihe wurde im Dezember 1845 eröffnet «zu Nutzen der Bedürftigen und Unbemittelten». Der Aufruf erklärt, die «Ansprache an den Wohltätigkeitssinn» sei in dieser Stadt noch nie ungehört verhallt. Die Zeichnungslisten wurden in die Häuser versendet und in der Staatskanzlei aufgelegt. (Den größten Betrag zeichnete Christoph Merian mit Fr. 6000.–.)

[29] Der erste Getreideankauf wurde in Marseille getätigt. Die Säcke wurden in der Barfüßerkirche deponiert. Mehrmals kam es beim öffentlichen Verkauf zu Unruhen, so im Juli 1846. Beim Sinken der Kornpreise im Sommer 1847 erlitt die Stadt durch das viele aufgespeicherte Getreide Verluste.

[30] «Berichte» 13. 2. 1847.

2. Das Eingehen der «Basler Zeitung» und die Verfassungsrevision von 1857/58. Spaltung der Konservativen durch die «Reformfreunde»

Die «Vernunftheirat», wie Andreas Heusler die Zustimmung Basels zur Bundesverfassung genannt hatte, nahm nach den stürmischen Anfängen einen geordneten Verlauf. Die günstige Entwicklung der Industrie zog eine bedeutende Vermehrung der Bevölkerung nach sich; die lautesten Forderungen des Freisinns waren verstummt und das politische Leben in seiner Gesamtheit viel ruhiger geworden. In diesen Jahren äußerer Stille wurde von einigen der noch immer unbestritten an der Spitze des Staates stehenden Politiker zweimal der Versuch einer Anpassung an die Zeit, einer Erneuerung des konservativen Denkens unternommen. Die aktive Natur Karl Sarasins, den man als das Haupt dieser zur Bewegung drängenden Gruppe bezeichnen kann, wurde aber in beiden Fällen von der Unbeweglichkeit und dem Beharrungsvermögen seines Freundes Andreas Heusler zurückgedrängt. – Es handelt sich zunächst um eine Episode aus der Geschichte der «Basler Zeitung[31]».

Seit dem Rücktritt Heuslers aus der Regierung konnte das von ihm redigierte Blatt nicht mehr als halbwegs offiziöses Regierungsorgan gelten. Er selbst hatte in diesem Umstand keinen Nachteil gesehen, sondern sich im Gegenteil gefreut, «nichts mehr regieren zu müssen als meine Zeitung. Ich fange an zu glauben, der liebe Gott habe mich ad hoc geschaffen[32].» Dieses Bewußtsein seiner Berufung als Zeitungsschreiber mag mit dem zunehmenden Andringen der wirtschaftlichen und finanziellen Fragen, besonders seit der Gründung der Centralbahngesellschaft und der sich aus dem Bundesgesetz von 1852 ergebenden Diskussionen, doch etwas ins Wanken gekommen sein.

[31] Heusler: «Un mariage de raison», «Basler Zeitung», 15. 8. 1848. Für die Jahre 1850–60 gibt H. Kinkelin (Die Bevölkerung des Kantons Basel am 1. 12. 1880, Basel 1884) einen Bevölkerungszuwachs von 3,2% an. «Die «Bevölkerungsaufnahme» von 1860 gibt folgende Verteilung: Kantonsbürger 31%, Schweizerbürger 40%, Ausländer 29%. – Die vom Bandfabrikantenverein angegebenen Produktionsziffern der Seidenindustrie steigen von 21 auf 31 Millionen an (1850–64). Wiederum nach Kinkelin ernährt die Seidenindustrie um 1860 26% der Kantonsbevölkerung. Vgl. auch Bodmer, op. cit. p. 360. Die Zahl der Bandstühle hat sich nach F. Mangold innerhalb von 10 Jahren beinahe verdoppelt; 1847: 3500 Bandstühle; 1856: 6500 Bandstühle. Ciba-Rundschau 27, Juli 1938.

[32] An G. von Wyss, Basler Zeitschrift 32, 1933, p. 66.

Im Mai 1856 wollte man einen jungen, den modernen Fragestellungen zugewandten Mitarbeiter gewinnen[33]. Es geschah möglicherweise auf das Drängen, sicher aber unter der Mitwirkung von Karl Sarasin, der dem Intelligenzblatt (seit 1. Jan. 1856 «Basler Nachrichten») nahestand, daß der junge Notar Karl Rudolf Stehlin, Sohn des dem Juste Milieu angehörenden Joh. Jac. Stehlin, der Basel seit 1853 im Nationalrat vertrat und soeben die Wahl zum Bundesrat abgelehnt hatte, um seine Mitwirkung an der konservativen Zeitung gebeten wurde. Stehlin schildert den Vorgang in seinem Tagebuch: «Letzten Samstag trug mir Karl Sarasin förmlich die Redaction der «Basler Zeitung» an, nämlich nicht der alten, sondern einer neu zu gründenden ...». Die Zahl der Abonnenten habe abgenommen, das Blatt gehöre jetzt Andreas Heusler und «soll in neuer Gestalt und verändertem Geist erscheinen. Die besten Kräfte haben ihre Mitwirkung zugesagt.» Stehlin verspricht, sich die Sache zu überlegen, und will den Rat seines Vaters einholen. Er fügt bei: «Die Richtung Heuslers und jener ganzen Clique sagt mir zwar nicht zu, allein es scheint eine Aussicht vorhanden, das Blatt nach und nach ganz in die Hände zu bekommen[34].» Stehlin wird zu einer Besprechung bei Heusler eingeladen, bei der auch Sarasin anwesend ist. Hier wird die politische Gesinnung des jungen Mannes unter die Lupe genommen: «Verhältnis zum Bund, eidgenössische Universität, Directorial- oder Collegialsystem», dies sind nach Stehlins Bericht die Probleme, über die man sich unterhalten hat. «Grundzüge der Vereinigung ließen sich wohl finden», heißt es weiter, «aber in den Consequenzen kommen wir auseinander[35].»

Für den jungen Mann muß die Versuchung, diese Gelegenheit, die die Aussicht auf eine politische Laufbahn in sich schloß, zu ergreifen, nicht unbedeutend gewesen sein[36]. Dagegen erkennt er, daß eine Zusammenarbeit mit Heusler für ihn nicht möglich sein wird. In diesem Sinn schreibt er an Sarasin, aber in einer Art, die auf Heusler offenbar einen schlechten Eindruck machte. Nun ist es Sarasin, der versucht, Stehlin Heusler gegenüber zu verteidigen:

[33] Der Vorgang, der von Ed. His, Basler Zeitschrift 28, 1929, p. 301 ff. kurz erwähnt wird, ist im folgenden, unter Zuziehung von Stehlins Tagebuch und einigen weiteren Dokumenten ausführlich dargestellt.

[34] Tagebuch J. R. Stehlin (St. A. Priv. Arch. 513), 5. 5. 1856.

[35] Ibidem 6. 5. 1856.

[36] Ibidem 9. 5. 1856: «Nun ist die Stunde gekommen, wo ich mich entscheiden muß. Die günstige Gelegenheit, das Blatt einmal in die Hände zu bekommen, lasse ich nur ungern fahren; denn mit der Gründung neuer Blätter hat es seine Schwierigkeiten. Auf der andern Seite widerstrebt mir die Association mit Heusler. Der Mittelweg wird sein, daß man einen Versuch wagt.»

Dieser habe die Worte des jungen Mannes «zu herb» aufgefaßt, es spreche aus ihnen nicht Überheblichkeit, sondern «volles Selbstgefühl, das Achtung verdient[37]». Es ist deutlich, daß Sarasin die Mitarbeit Stehlins dringend wünscht und alles versucht, um zwischen diesem und dem älteren Redaktor zu vermitteln.

Der Vergleich mit einem jüngeren Mitarbeiter aus der Zeit vor der Bundesgründung stellt sich von selbst ein: «Mit Herrn Professor Burckhardt ging es ... », denn dieser habe «stillschweigend oder ausdrücklich sich verpflichtet», in die von Heusler angegebene Richtung einzugehen, «so daß in der Tat eine vollständige Einheit vorhanden war[38]». Bei den veränderten Zeitverhältnissen sei eine Anpassung dieser Art von Stehlin allerdings nicht zu erwarten[39]. In seiner Antwort bezieht sich dieser auf die Versicherung Sarasins, daß das Blatt erneuert werden sollte «wie ein Phönix, der aus seiner Asche steigt[40]», und entwickelt nun seine Ansicht einer verjüngten «Basler Zeitung[41]»:

«Wie ich die Sache betrachte, so bedürfen wir in Basel nicht so sehr eines rein politischen Blattes, wie es in der Zeit der Parteikämpfe vor der Bundesverfassung ein Bedürfnis, vielleicht eine Notwendigkeit war. Wie für die Cantone, so ist auch für die Presse das Feld der eigentlichen Politik bedeutend geschmälert worden...». Die Abnahme der Abonnenten habe ihren Grund im «allmählichen Verschwinden jener Partei und jener Ideen, deren Ausdruck die ‚Basler Zeitung' lange Zeit gewesen ist». Der Schreiber glaubt, die gleiche Erscheinung «bei einem andern hiesigen Parteiblatt, der ‚Nationalzeitung', wahrzunehmen: während gerade die nicht nach Parteinamen genannten und nicht streng einer bestimmten Partei huldigenden Blätter, das Tagblatt und die Basler Nachrichten, an Abonnentenzahl gewonnen haben.» Die erfolgreiche Zukunft der «Basler Zeitung» sieht er darin, daß diese «weniger Parteiblatt als Organ der hiesigen öffentlichen Meinung (sein sollte), wo jede in anständiger Sprache vorgetragene Ansicht sich aussprechen könnte, sollte sie auch mit derjenigen der Redaction nicht übereinstimmen». Das, was Heusler «Organisation des Widerspruchs», die Verschie-

[37] Karl Sarasin an Andreas Heusler, 7. 5. 1856. St. A. Priv. Arch. 328.

[38] Undatiertes Konzept eines Briefes (Andreas Heuslers an Stehlin), Nachlaß Heusler, St. A. Priv. Arch. 328. Es muß vor dem 1. 6. 1856, also vor der Antwort Stehlins verfaßt sein, da dieser gewisse Ausdrücke daraus aufgreift.

[39] Über die Tätigkeit Jacob Burckhardts an der «Basler Zeitung»: Werner Kaegi, Jacob Burckhardt, II, 401 ff. und besonders 455.

[40] Man beachte, daß Heusler nie von einer Erneuerung der «Basler Zeitung» spricht; es ist stets Sarasin.

[41] Stehlin an Heusler, 1. 6. 1856, St. A. Priv. Arch. 328: «Herr Sarasin gebrauchte damals das Bild des Phönix...»

denartigkeit der Meinungen, nenne, scheine ihm, Stehlin, «Vorteil für das Blatt und das Publikum». Mit dem Ausdruck seines Bedauerns darüber, daß die Sache nicht zustande gekommen sei, bittet er um Verständnis für «einen jungen Mann, ... der nicht mit den Anschauungen von 1830, sondern mit denen von 1848, welchen auch offenbar die Zukunft angehört, ins öffentliche Leben zu treten wünscht[42]». Damit sind die Positionen noch einmal genau fixiert: es handelt sich um einen Gegensatz der Generationen, der sich in der Verfassungskrise des folgenden Jahres auswirkt.

Bevor wir uns dieser zuwenden, muß noch eine weitere Episode aus der Geschichte der «Basler Zeitung» hier angefügt werden: statt der Umgestaltung im Sinne einer Verjüngung der Redaktion wurde der Versuch gemacht, dem Blatt durch einen energischen Rutsch nach rechts nochmals aufzuhelfen. An diesem Unternehmen, dem «Basler Anzeiger», der seit dem 1. Januar 1858 als Beilage der «Basler Zeitung» erschien, war, soweit wir sehen, Heusler nicht beteiligt, sondern es ging aus von jenem schon erwähnten innersten Kern der Konservativen in Basel, deren Vertreter zum Teil im Stadtrat saßen[43].

«Festhalten an den bewährten, religiös-sittlichen und staatlichen Grundlagen ..., Erhaltung der Stadtgemeinde und städtischen Behörden, Fernhaltung des Direktorialsystems», so wird das Programm der neuen Beilage formuliert[44]. Wir haben es also mit den Erben der Konservativen von 1847 zu tun, die von einer Hinwendung zu Problemen, die über die Grenzen der engeren Stadt hinausreichten, nichts wissen wollten. Beschäftigung mit der Stadt bedeutet ihnen: Verwalten, Regieren im bisherigen Rahmen, Erhalten der protestantisch-kirchlichen Grundlage. Die Liste der Aktionäre, die den «Anzeiger» finanzieren, erlaubt uns, die Persönlichkeiten zu erkennen, die diese extreme Rechte bilden: an erster Stelle steht Leonhard Bernoulli-Baer, dann der Präsident des Stadtrats, Hieronymus Bischoff-Respinger, und L. A. Burckhardt, die alle schon 1847 als streng Konservative aufgetreten sind, ferner Wilhelm Vischer-Bilfinger, Adolf Christ und C. F. Burckhardt;

[42] Eine weitere Besprechung hat (nach Stehlins Tagebuch) am 10. 6. 1856 stattgefunden, an der auch der Buchhändler Georg teilnahm. Dieser wünschte, daß Heusler die Leitung des Blattes behalte. «Sie setzten mir zu, schlugen eine Probezeit vor, ich versprach, ... definitiv Antwort zu geben.» Diese fiel negativ aus, und Stehlin beschließt seinen Bericht mit dem befriedigenden Bewußtsein, daß er sich loyal verhalten habe (Tagebuch 10. 6. 1856).

[43] Einige Akten zum «Basler Anzeiger» finden sich im Nachlaß von Leonhard Bernoulli-Baer, St. A. Priv. Arch. 304.

[44] Ibidem, Dezember 1857, Einladung zum Abonnement.

auch die übrigen etwa 30 Namen gehören ausnahmslos den Basler Herrengeschlechtern an.

Dem «Anzeiger» war kein langes Leben beschieden. Seinen größten politischen Sturm erlebte das Winkelblättchen im März 1858 während der Großratswahlen. Im Juli mußte der Verleger Stuckert den Subskribenten bereits das Eingehen der Beilage mitteilen und sie gleichzeitig bitten, wenigstens dem Hauptblatt die Treue zu bewahren, da «mit Fallenlassen der ‚Basler Zeitung' auch das letzte conservative Organ in unserer Stadt verstummen würde[45]». Ob das sinnlose Unternehmen des «Anzeigers» das Sterben der «Basler Zeitung» beschleunigt hat, sei dahingestellt. Gerettet hat es sie jedenfalls nicht. Am 31. Dezember 1859 erschien die letzte Nummer, und damit war vor allem die Stimme Andreas Heuslers, die während 20 Jahren unerschrocken und zumeist im Widerspruch mit dem Zeitgeist gesprochen hatte, in der Öffentlichkeit verklungen.

Bei der Verfassungsrevision von 1857/58 fehlte der Hintergrund der eidgenössischen Problematik, die vor zehn Jahren die Stellungnahme so sehr erschwert hatte. Es ging jetzt nicht um bedeutende politische und wirtschaftliche Entscheidungen, sondern um Fragen der inneren städtischen Politik und Verwaltung. Weil dieses Mal das Spannungsverhältnis gegenüber dem Freisinn viel geringer war, zeigen sich die Spaltungen innerhalb des konservativen Lagers deutlicher als 1847/48. Der eigentliche Riß besteht im Gegensatz der Generationen: Die Alt-Konservativen (diejenigen, die 1847 schon zuäußerst rechts gestanden haben) halten mit großer Zähigkeit fest an den alten städtischen Einrichtungen wie dem Stadtrat und dem komplizierten Regierungssystem, während die jüngere Gruppe aus der Einsicht in die veränderten Umstände die Verwaltung erneuern will und die Bereitschaft zeigt, mit dem Freisinn eine Verständigung anzubahnen.

In den Großratsdiskussionen lassen sich die Positionen am besten erkennen. Diese großen grundsätzlichen Aussprachen, wie sie im Verlauf des 19. Jahrhunderts so oft vorkamen, zeigen vielfältig nuancierte Meinungen, aus denen Reichtum und Spontaneität des politischen Lebens und Denkens in Basel ersichtlich werden. Es widerstrebt in den meisten Fällen, diese Vielfalt der persönlichen Stellungnahmen mit parteimäßigen Etikettierungen zu versehen. Immerhin lassen sich nun bei der Frage der Verfassungsrevision wieder deutlich die zwei Lager der Gegner und der Befür-

[45] Liste der Aktionäre sowie einige Korrespondenz, St. A. Priv. Arch. 304. Am 20. 1. 1859 wurde das restliche Kapital unter die 129 Teilhaber verteilt.

worter erkennen. Unter den ersten finden wir den Kreis des «Basler Anzeigers». Für die Revision tritt diesmal Adolf Christ ein, sodann Karl Sarasin und Ständerat August Staehelin-Brunner, ein Mann des Juste Milieu, der schon 1847 in der Revisionskommission gearbeitet hatte und auch in der Regierung saß[46]. Staehelin gibt zu, daß sich die alte Verfassung in politischer Hinsicht bewährt habe, im übrigen urteilt er aber vom schweizerischen Standpunkt aus und bezeichnet das baslerische Verbot der Gewerbefreiheit als einen Widerspruch zur Bundesverfassung, auch müße die Stellung der niedergelassenen Schweizer in Basel verbessert werden. Sarasin kritisiert die Schwerfälligkeit der Verwaltung, die Tatsache, daß die besten Kräfte den Sessel eines Ratsherrn mit dem Platz in einem wirtschaftlichen Unternehmen tauschen:

«Der Austritt aus dem Staatswesen, um in eine Eisenbahnverwaltung zu treten, rührt nicht von der Lockung der höheren Besoldung her, sondern von der Überzeugung, hier mehr wirken zu können als im Staat.»

Mit der Vereinfachung der Verwaltung ist die Umwandlung der Kleinratsregierung gemeint. Die eigentliche Exekutive bestand bekanntlich in einer großen Zahl von Kommissionen, sog. Kollegien, an deren Spitze ein Mitglied des Kleinen Rates, ein Ratsherr, stand. Diese Ämter waren nicht oder nur ganz spärlich besoldet, so daß die Tätigkeit in der Regierung eine unabhängige Stellung zur Voraussetzung hatte. Daß an die Stelle dieses «Kollegialsystems» nach dem Muster anderer schweizerischer Kantone besoldete Regierungsämter, «Departemente», treten sollten, war ein Postulat der freisinnigen Opposition, das, wie wir nun sehen, von der jüngeren Gruppe der Konservativen aufgenommen wurde.

Einem so feinen Beobachter wie Heusler entgeht es nicht, daß Anteilnahme und freudiger Einsatz für die öffentlichen Angelegenheiten bei der jüngeren Generation nachgelassen haben. Den Grund dafür sieht er nicht so sehr in der «politischen Windstille» der 50er Jahre als in der wachsenden Bedeutung der industriellen und technischen Unternehmungen. Die Organisation und Verwaltung der Eisenbahn nehmen jetzt die besten Kräfte in Anspruch, und darüber hinaus stellen auch die Berufsgeschäfte vermehrte Anforderungen. Heusler weigert sich aber, einer Anpassung des Staatswesens an diese neuen Gegebenheiten zuzustimmen oder gar dessen Umwandlung in eine Art geschäftliche Unternehmung anzuerkennen: «Eine Republik kann nicht nach dem Leitungsverfahren eines

[46] Bericht über die Großratsdiskussion, «Basler Nachrichten» 20. 10. 1857.

Eisenbahndirectoriums gemodelt werden[47].» Es ist diese grundsätzliche Auffassung vom Wesen des Staates, die es ihm verwehrt, der Verfassungsrevision zuzustimmen. Nachdem diese aber beschlossene Sache war (17. 10. 57), bemüht er sich, einzulenken. Mit einer Versöhnlichkeit, über die er zehn Jahre zuvor noch nicht verfügt hatte, versichert er, es sei nötig, eine Verständigung zwischen jung und alt herbeizuführen[48].

Diese Gruppe jüngerer Konservativer wird im März 1858 faßbar: sie nennt sich «Partei des Jungen Basel» oder «Reformfreunde». Ihre Entstehung wird folgendermaßen geschildert[49]:

«Naturgemäß hat sich nach und nach im Großen Rat eine Partei gebildet, der namentlich die jüngeren Elemente angehören.» Sie seien durch kein Glaubensbekenntnis, keine Führer, keine Separatsitzungen verbunden. Ihr Zusammenhang – es seien etwa 40 Männer – bestehe einzig im Einstehen für alles, «was einen ruhigen, gesunden Fortschritt bezweckt». Diese Partei habe den «Ausschlag bei der ersten Frage der Verfassungsrevision gegeben». Sie habe vor den Ratsitzungen jeweils Besprechungen abgehalten und gebe als deren Resultat eine Wahlliste ohne «Ausschließlichkeit», auf der auch die «sogenannte äußerste Linke» berücksichtigt sei, heraus[50].

Der Ausgang der Wahlen gibt den «Basler Nachrichten» Anlaß, von einem «Wahlsieg» ihrer Partei zu sprechen; die «Basler Zeitung» dagegen erklärt es als unmöglich, die 21 neu gewählten Großräte «in herkömmliche oder neugefertigte Fächer einzureihen»; sie spricht die Überzeugung aus, «daß unsere Zeit an der Auflösung der alten Parteigruppierungen, an neuen Gestaltungen des öffentlichen Lebens arbeite[51]».

Die Problematik der in ständigem Fluß begriffenen öffentlichen Verhältnisse, die Einsicht in die Notwendigkeit der Erneuerung einerseits, andrerseits aber auch das Bedürfnis des Festhaltens und

[47] «Basler Zeitung» 6. 5. 1857. Um den feingegliederten Mechanismus der alten Stadtrepublik zu kennzeichnen, läßt Heusler Zahlen sprechen: Bei einer Bevölkerung von 30 000 Seelen bestehen nicht weniger als 41 staatliche Behörden, die 393 Personen umfassen, dazu 44 «munizipale» Behörden mit insgesamt 447 Personen (ohne die richterlichen Behörden!). Bei einer solchen Vielfalt von Kräften bestehe die staatsmännische Aufgabe darin, einen jeden nach seinen Kräften und Fähigkeiten einzusetzen.

[48] «Basler Zeitung» 24. 10. und 3. 11. 1857.

[49] «Basler Nachrichten» 31. 10. 1857.

[50] Diese Liste (für die Großratswahlen Herbst 1857) enthält unter andern die Namen: Karl Sarasin, J. J. Stehlin, Rudolf Paravicini, August Staehelin, Wilh. Schmidlin, Wilh. Klein.

[51] «Basler Nachrichten» 2. 12. 1857, «Basler Zeitung» 3. 12. 1857 und 21. 11. 1857.

Bewahrens, all dies bildete in diesen Wochen Gegenstand vieler Besprechungen zwischen Heusler und Sarasin. In dem vertrauten Verkehr der beiden zeigt sich die Verbundenheit, die trotz der Verschiedenheit der Anschauungen zwischen den beiden Gruppen der Konservativen bestand.

Unter dem Titel «Die Erfrischung unseres öffentlichen Lebens[52]» hatte Heusler in etwas gönnerhaftem Ton der jüngeren Generation wohl einigen Einfluß zugestanden, im übrigen aber bemerkt, daß, wer die Wirren der 30er und 40er Jahre durchgemacht habe, sich nicht mehr nach solchen Zeiten der Bewegung und Spannung zurücksehne. In einem persönlichen Schreiben antwortet Sarasin darauf::«Lieber Onkel, Dein gestriger Leitartikel streifte sehr ins Persönliche und war mir etwas peinlich. Reformen und Änderungen sollten eigentlich nicht so gerne einzelnen Jungen zu lieb zur Hand genommen, sondern aus Überzeugung und freiem Willen angebahnt werden[53].» Man sieht also, daß die Jüngeren diese stetigen Hinweise auf die vergangenen schweren Zeiten mit einiger Ungeduld von sich wiesen.

Ein weiterer Brief Sarasins an Heusler aus dem gleichen Zeitraum bestätigt, daß zwischen beiden Männern ein fortwährender, vertrauensvoller Austausch der Gedanken stattfand. Heuslers Ansicht von der «Auflösung der alten Parteigruppierungen» kann Sarasin durchaus zustimmen. Im Gegensatz zum Älteren, der sich über die zukünftige Gestaltung ausschweigt (was er nur im Gespräch geäußert hat, wissen wir leider nicht!), bemüht sich der Jüngere um eine Lösung:

«Es muß eine neue Form und neue Partei, neue Personen gesucht werden, und diese sind ... gewiß auch in Deinem Sinne da, es fehlt nur an einem Kitt, an einer Organisation, an einem Mittelpunkt. Es scheint mir aber heute, wir könnten kaum voran gehen, ehe Adolf Christ wieder da ist. Ja für Deine Gedanken (Bildung einer rein konservativen Partei) dürfte er unentbehrlich sein[54].»

Also auch Heusler dachte an die Neubildung einer «rein konservativen Partei»! Es mag erstaunen, welche Bedeutung der Persönlichkeit von Adolf Christ beigemessen wird. Das läßt sich – abgesehen von der engen Freundschaft, die zwischen Christ und Sarasin bestand – so erklären, daß das protestantische Element eben

[52] «Basler Zeitung» 16. 10. 1857; hier wird der Ausdruck «Junges Basel» gebraucht.

[53] Sarasin an Heusler, 17. 10. 1857, St. A. Priv. Arch. 328.

[54] Sarasin an Heusler, 28. 11. 1857, St. A. Priv. Arch. 328, Anfang: «Lieber Onkel, Auf meine Verschwiegenheit kannst Du zählen...» Der Brief ist erwähnt bei Otto Zumstein, Beiträge zur Basler Parteigeschichte 1848–1910, Diss. Basel 1936, p. 33.

als die wesentlichste Grundlage der politischen Betätigung betrachtet wurde. Möglicherweise hat Sarasin auch an die große persönliche Ausstrahlung seines Freundes gedacht, der in allen Kreisen Basels Achtung und Ansehen genoß. Im übrigen sah der aufs Praktische gerichtete Blick des Kaufmanns die Schwierigkeiten der Parteibildung in Fragen der «Organisation». Hier dürften seine Ansichten von denjenigen des Gelehrten – es sei wiederholt, daß Heusler, bei aller Luzidität des politischen Denkens, bei aller Leidenschaft der persönlichen Stellungnahme, nie zu praktischen Versuchen, zu einer eigentlichen Vereinsgründung geschritten ist – wesentlich abgewichen sein.

Sarasin hatte Gelegenheit, den Versuch einer «neuen Organisation» zu wagen. Wenige Tage vor Beginn der Großratswahlen vom März 1858 erscheint ein gedrucktes Flugblatt: «Wahlvorschlag einiger Reformfreunde», unterschrieben von 13 Namen, unter denen sich Karl Sarasin und Rudolf Paravicini befinden. Das Wahlkomitee der Reformfreunde, «Angehörige verschiedener Stände, verschiedenen Alters und verschiedener Meinungsschattierungen, denen es einzig um die Zweckmäßigkeit der staatlichen Verwaltung geht», ist ins Leben getreten[55]. Der Aufruf des Komitees – Basel wolle keine Parteiregierung, sondern Männer, die die Förderung des Erziehungswesens, von Handel, Industrie und Handwerk sowie der Bedürfnisse des Verkehrs und der Gesundheit anstrebten – wird in der «Basler Zeitung» zitiert mit einem sehr zurückhaltenden Kommentar: die Verbindung von «gemäßigten Konservativen mit solchen Liberalen, die noch im November an die weitergehenden Absichten der extremen Partei (gemeint ist der Freisinn) nicht glaubten und mit derselben gemeinsame Sache gemacht hatten», wird mit einiger Skepsis betrachtet[56].

Es besteht kein Zweifel, daß der treibende Kopf dieser «Reformfreunde», die schon im Herbst 1857 mit den Freisinnigen verhandelt haben, Karl Sarasin ist. Am 15. März hält er im Gesellschaftshaus zum Hohen Dolder eine Wahlversammlung für das Albanquartier ab. Die Einladung an die Wähler des Quartiers ist außer von zwei Namen, die den «Reformfreunden» angehören, auch von zwei Gliedern der Vorstadtgesellschaft unterzeichnet. Sarasin leitete die Versammlung, die laut Zeitungsbericht etwa 80 bis 90 Teilnehmer umfaßte, mit einer kurzen Ansprache ein. Er

[55] Die meisten der im folgenden benützten Quellen liegen bei den Akten der Verfassungsrevision 1857/58; sie wurden von Karl Sarasin gesammelt, St. A. Verfassung B 5. Die Ziele der «Reformfreunde» werden auch in den «Basler Nachrichten» 20. 3. 1858 erörtert. Verfasser ist Rudolf Paravicini.

[56] «Basler Zeitung» 15. 3. 1858.

rief besonders die «jüngeren Mitbürger» auf und legte dann den Wahlvorschlag, d. h. die Liste der «Reformfreunde», der Versammlung vor[57].

Gegen diese Taktik, in der wir heute das Vorgehen eines Parteivorstandes, den Funktionsmechanismus einer modernen Partei sehen, erhob sich die heftigste Opposition. Der Umstand, daß die Versammlung einen bereits vollständigen Wahlvorschlag vorgelegt bekam, der von einem «Komitee», das mit dem politischen Gegner verhandelt hatte, zusammengestellt war, wurde als Vergewaltigung empfunden. Mit großer Schärfe meldet sich im «Anzeiger» die Generation der älteren Konservativen zum Wort, deren ausgeprägter Individualismus sich den neuen Formen des organisierten Parteilebens heftig widersetzt[58]:

«Was wir früher befürchtet hatten, erwahrt sich. Massen streiten sich um die Gewalt, der Einzelne, der nicht Partei machen kann, ... vermag nichts mehr, er ist um diese seine Freiheit gebracht. Die Wahlen sind kein Ergebnis des Volkswillens mehr.»

Die Partei, die «heute ihre Maske abgeworfen» habe, werde «morgen in Gebiete übergreifen, welche der Staatsgewalt unzugänglich sein sollten». Statt Fähigkeiten und Verdienste verlange man von den Kandidaten «Popularität, wie sie bei Milizkameradschaft und Wirtshausleben entstehe». Die «Reformfreunde» glaubten das Vaterland zu retten, sie müßten aber bald erkennen, daß sie der Revolution allein gegenüberstünden. Tyrannei der Massen, Zerstörung der individuellen Freiheit und des liberalen Staates, demagogische Verführung – alle Schrecken totalitärer Herrschaft werden heraufbeschworen angesichts des Versuches, im ehrwürdigen Gesellschaftshaus der Albanvorstadt ein knappes Hundert Wähler für einige Namen zu gewinnen.

Diesen grotesken Übertreibungen gegenüber nimmt Heusler die Tätigkeit der «Reformfreunde» in Schutz. In einem «Ernsten Wort an die Basler Konservativen[59]» fordert er Vertrauen für das Komitee der Dreizehn. Dinge wie das Drucken von Vorschlägen und das Trachten nach einer gewissen Popularität seien Notwendigkeiten, die nicht Anlaß zur Zersplitterung werden dürften. Die heftige Reaktion im eigenen Lager, aber auch der Verlauf der ersten Wahlwoche, wo sich zeigte, daß das Albanquartier die «Reformfreunde» mied, riefen große Bestürzung hervor und stellten

[57] «Basler Anzeiger» 17. 3. 1858. Außer den Zeitungsberichten: Handschriftliche Notizen von Karl Sarasin für seine Eröffnungsansprache, St. A. Verfassung B 5.

[58] «Basler Anzeiger» 18. 3. 1858.

[59] «Basler Zeitung» 18. 3. 1858.

das ganze Unternehmen in Frage. Diesmal ist es Rudolf Paravicini, der während der Quartierwahlen in einem Brief an Sarasin, der einer mündlichen Besprechung vorausgeht, die Lage blitzartig beleuchtet[60]:

«Obschon wir den Leuten rechts alle Garantien bieten ..., obschon wir uns überhaupt Mühe gegeben, alle Wege zu überlegen, begegnen wir rechts nichts als üblem Willen und Taktlosigkeiten... Unter solchen Umständen stehen wir in der Luft, und ich sehe nicht ein, wie wir in den Wahlkollegien irgendeinen Erfolg haben sollen, wenn wir durch unser Quartier desavouiert werden.»

Paravicini findet, daß ein Fortfahren «vom Standpunkt des Erfolgs» zweifelhaft sei – doch hat er einen andern Beweggrund: «Wenn ich für Fortfahren stimme, so ist es rein darum, weil mich Wirz ... usw.[61] dauern und weil wir ihnen schuldig sind, sie à tout prix hineinzubringen.» Es scheint, daß sich in der Basler Regierungsschicht die Verpflichtung anbahnt, weniger vermöglichen Bürgern beim Eintritt in die öffentlichen Ämter behilflich zu sein. Das ganze Treiben erfüllt Paravicini mit größtem Unwillen, ja mit Abscheu:

«Alle diese Vorgänge: Revision, Wahlen etc. sind mir der Beweis, daß man rechts kein Haar loyaler ist als links, nur nicht so gemein, und ich werde mich dafür bedanken, in Zukunft wieder dem Karren die Schellen anzuhängen.»

Ähnlich ist es Sarasin zumute, wenn auch seine Worte weniger temperamentvoll ausfallen. Er schreibt am selben Tag an Heusler, daß er durch die Vorgänge im Quartier und die Anklagen im «Anzeiger» veranlaßt werde, sich aus dem Wahlkomitee zurückzuziehen[62]. Als Folge dieser «Machinationen» von der rechten Seite sieht er dieses[63]:

«Unser Comité wird bedeutend nach links getrieben und sich im Geheimen mit Klein verständigen, wogegen ich mit aller Macht ankämpfte (was andere Glieder des Comités, in dem ich als Verfechter der rechten Seite aufzutreten mich verpflichtet fühlte, dir bezeugen können) und dieß aber kaum mehr verhindern kann, sonst stehen wir ganz und gar in der Luft. Dazu will ich meinen Namen nicht leihen, und glaube besser zu tun, die andern machen zu lassen.» Im mangelnden Zutrauen seiner eigenen Seite, der Rechten, als

[60] Rud. Paravicini an Karl Sarasin, 18. 3. 1858, St. A. Verfassung B 5.

[61] Dr. J. J. Wirz wurde 1856 in den Großen Rat gewählt. (Der zweite Name konnte trotz allen Bemühungen nicht entziffert, noch die bezeichnete Persönlichkeit eruiert werden.)

[62] Offenbar als Folge der «Besprechung» mit Paravicini vom 18. 3. 1858.

[63] Sarasin an Heusler, 18. 3. 1858, St. A. Priv. Arch. 328.

deren Vertreter er sich deutlich kennzeichnet, sieht Sarasin also die stärkste Behinderung seiner politischen Absichten.

Trotz dieser Zusicherungen war es nun auch Heusler nicht länger möglich, die Aktivität der «Reformfreunde» zu decken. Zu Beginn der Wahlen habe es nur zwei Parteien gegeben, jetzt seien es deren drei, heißt es in der «Basler Zeitung» vom 20. 3. 1858: «Das Komite der Reformfreunde hat die Conservativen nicht an sich zu schließen vermocht ... Auf also zu den Wahlen, Ihr Conservativen! Ihr wollt euch keine Wahlvorschläge octroyieren lassen, macht also selbst solche ... Ihr seid nicht geordnet und kontrolliert wie eure Gegner, ein richtiger Takt ersetze das, was euch an äußerer Ordnung fehlt.»

Diese Mahnung ist offenbar befolgt worden, denn nun erscheint neben dem Inserat der «Reformfreunde» ein «Conservativer Wahlvorschlag», der «nach einer zahlreichen Versammlung konservativer Wähler» zustande gekommen ist[64]. Damit war geschehen, was man auf beiden Seiten hatte verhindern wollen: aus einer Verschiedenheit der Ansichten innerhalb derselben gesellschaftlichen Gruppe war eine Spaltung entstanden, die sich nicht verheimlichen ließ, sondern als ein Zwist vor aller Öffentlichkeit zutage trat: «Die konservative Partei ist für den Moment zersprengt, aufgelöst, irregeleitet. Es ist gelungen, Zwietracht und Spaltung auszusäen ...», so macht Sarasin seiner Enttäuschung über das Misslingen seines Versuches Luft[65]. Er bestreitet seinen Gegnern das Recht, die Bezeichnung «konservativ» für sich in Anspruch zu nehmen. In gleicher Art wie früher Buchdruck und Dampfmaschinen abgelehnt worden seien, stellten sich nun gewisse Leute «dem Bau von Eisenbahnen, der Entwicklung der Industrie, dem allgemeinen schweizerischen Münzfuß» entgegen.

«Das sind nun und nimmermehr die Vertreter der Basler Conservativen», es sei daher höchste Zeit, «zur Sammlung zu blasen für die zerstreuten Glieder einer Partei, die wir als Hort betrachten für das Wohl und Gedeihen unseres Gemeinwesens». Auf diesen heftigen Ausbruch Sarasins antwortet Heusler mit einem persönlichen Brief, der um seiner schönen und beispielhaften Gesinnung willen hier im Wortlaut wiedergegeben sei[66]:

[64] «Basler Nachrichten» 20. 3. 1858.

[65] «Basler Nachrichten» 24. 3. 1858. Der Artikel «Die Conservativen» beginnt mit dem pathetischen Ausruf: «Du hast's erreicht, Octavio...» Die Verfasserschaft Sarasins ergibt sich mit Sicherheit. (Er zeichnet X.)

[66] Heusler an Sarasin, 25. 3. 1858. Auch diesen sehr persönlichen Brief hat Sarasin zu den Akten gelegt. St. A. Verfassung B 5.

«Lieber Karl,

Wenn Du meinen Artikel von heute vor acht Tagen[67] nicht stark genug fandest, so finde ich dagegen den Deinigen[68] von gestern viel zu stark. Es ist sehr viel Hasses darin, mais il faut laver son linge sale en famille. Doch geschehen ist geschehen, deswegen schreibe ich Dir nicht, wohl aber deshalb, um Dich zu bitten, dem persönlichen Streit ein Ende zu machen und nicht zu antworten. Wenn Dir unser Basel lieb ist, so bringe dieses Opfer. Glaube mir, daß viele Leute, die das Treiben von Bernoulli und August Burckhardt[69] sehr mißbilligen, andrerseits auch Deinen Artikel lebhaft getadelt haben. Du hast im Eifer Dinge gesagt, die besser unter vier Augen gesagt worden wären, und so einen Riß vergrößert, den wir alle zu heilen suchen sollten. Kannst Du aber das Dir zugemutete Opfer, ganz zu schweigen, nicht bringen, so bitte und beschwöre ich Dich: laß wenigstens drei Tage über der Sache hingehen, und berate Dich mit ruhigen Leuten, z. B. mit Adolf Christ, bevor Du schreibst, und dann wieder über das Geschriebene. Das bist Du erstens Dir selbst und dann auch uns allen schuldig.

Es gibt auch einen edlen Zorn, aber auch von diesem heißt es: ‚Des Menschen Zorn tut nicht, was vor Gott Recht ist[70].'

Dein aufrichtiger A. Heusler»

Obwohl der «Anzeiger» nochmals zum Angriff überging[71], hat sich Sarasin der sanft eindringlichen Mahnung seines Freundes gefügt. Er antwortet[72]: «Ich will nun alles ruhen lassen und davon das mir Zukommende demütig einstecken ... ich werde mich überhaupt in nächster Zeit so stille und unbemerklich als möglich machen.» Des weiteren hat er Heuslers Rat befolgt und sich an Adolf Christ gewendet. Dieser schreibt ihm am 26. März[73]: «Es geht hart durch gute und böse Gerichte und doch wird wohl jetzt, wo mit dem neuen Großen Rat ganz neue Constellationen eintreten, Schweigen das Beste sein. Gott gebe Dir innere Ruhe ...» Sogar für Sarasin, bei dem der Drang zu Tätigkeit und Organisation am stärksten ausgeprägt ist, geht die politische Aktivität nur bis zu einer gewissen Grenze. Während für einen Mann wie Paravicini das

[67] Gemeint ist Heuslers Artikel «Basler Zeitung» 18. 3. 1858.

[68] Sarasins «Du hast's erreicht», «Basler Nachrichten» 24. 3. 1858.

[69] L. Bernoulli-Baer und A. L. Burckhardt, Leute des «Anzeigers», die den Artikel vom 18. 3. 1858 (Anzeiger) verfaßt haben müssen.

[70] Jacobusbrief 1, 20.

[71] 25. und 26. 3. 1858. Böse persönliche Angriffe auf Sarasin, mit Anspielungen auf das Mißlingen des Bürgervereins.

[72] Sarasin an Heusler, 25. 3. 1858, St. A. Priv. Arch. 328.

[73] St. A. Verfassung B 5.

gilt, was «innert der Schranken der honnêtes gens[74]» möglich ist, besteht für Sarasin, Heusler und Christ dieser beschränkte Raum in dem, was das christliche Gewissen erlaubt. Dies ist die erstaunliche Größe, aber auch die Grenze der konservativen Politik Basels im 19. Jahrhundert.

3. Fortgang der Diskussionen über das Regierungssystem: die Vorschläge von Karl Sarasin und Alphons Koechlin

Die revidierte Verfassung, die am 28. Februar 1858 angenommen wurde, zeigt keine nennenswerten Änderungen. Trotzdem betrachteten die revisionsfreudigen «Basler Nachrichten» die Wahlen vom März 1858 als einen Sieg. Die 40 neuen Mitglieder des Großen Rates werden in ihrer Mehrheit als «liberal konservativ» bezeichnet. In der neuen Regierung sei nun diejenige Richtung zum Durchbruch gelangt, die schon vor 10 Jahren auf Erneuerung gedrängt habe[75]. Die «Basler Zeitung» spricht von «Mittelstellungen der buntesten Art» unter den Gewählten, die sich nicht mehr parteimäßig einordnen lassen. Damit ist indirekt die Niederlage der Altkonservativen zugegeben[76].

Wenn nun von Verfassungsrevision nicht mehr die Rede ist, so ist doch der Gedanke an eine Reform der Verwaltung nicht aufgegeben worden. Wie sehr beides: das Politische, das Regierungssystem als solches, und das nur Administrative, der Mechanismus der Verwaltung, zusammenhing, geht aus einer Äußerung Karl Sarasins hervor[77]:

«Die Bewegung bezog sich von Anfang an nur auf die Administration, und das Politische ist erst nachher hinzugekommen. Ich glaube auch heute noch fest, der gegenwärtige Regierungsmechanismus ist es, der dem hiesigen meist kommerziellen Publikum widerstrebt; der dadurch und eintretenden Mangel (sic) an Energie und Frische, der Viele abstößt, und tüchtige Kräfte abhält. Dieser Mißstimmung bemächtigen sich die Radikalen, aber sie ist nicht von ihnen provociert, und insofern ist die Frage eine politische erst geworden.»

[74] Rud. Paravicini an K. Sarasin, 18. 3. 1858, St. A. Verfassung B 5.

[75] «Basler Nachrichten» 29. 3. und 31. 3. 1858.

[76] «Basler Zeitung» 26. 3. 1858: Statt einer parteimäßigen Gruppierung Vorschlag einer solchen nach Berufen: Handelsleute 24, Fabrikanten 21, Rentiers 14, Lehrer 5, Ärzte und Apotheker 6, Landwirte 7, Tavernenwirte 4, Civilstands- und Eisenbahnbeamte, Zolldirektoren 5.

[77] Sarasin an Heusler, 22. 3. 1858, St. A. Priv. Arch. 328.

Sarasin, der durch seine Stellung im Kleinen Rat – er stand seit 1858 dem Baukollegium vor – einen guten Einblick besaß und mit den Schwierigkeiten der schwerfälligen Organisation wohl täglich kämpfte, hat sich selber ausführlich mit der Frage einer Reform der Verwaltung befaßt. Er versuchte, einen Mittelweg zu finden zwischen den Forderungen nach radikaler Vereinfachung – z. B. Aufhebung des Stadtrates – und dem konservativen Bedürfnis nach Erhaltung der bestehenden differenzierten Maschinerie[78]. In einer Artikelfolge «Das Basler Regierungssystem[79]» lehnt er eine reine Direktorial- oder Departementregierung, besoldete Regierungsstellen, wie sie in Bern und Genf bestehen, als «unvereinbar mit dem spezifischen Baslertum» zwar ab. Er empfiehlt dagegen eine Mischung der beiden Prinzipien: grundsätzlich soll der Staatsdienst ehrenamtlich bleiben, doch muß in vermehrtem Maß die Möglichkeit geschaffen werden, daß einzelne Ämter in den Kollegien und Kommissionen besoldet werden können. Die Mitwirkung an der Staatsleitung darf nicht ausschließlich vermöglichen Personen vorbehalten sein[80]!

In einem Kommentar zu Sarasins Zeitungsartikel, dem er grundsätzlich zustimmt, kann Andreas Heusler nochmals die altkonservative Auffassung des Regierungsgeschäftes entwickeln[81]: Er lobt das Kollegialsystem als «eine Schule für Geschäftskenntnis und Gemeinsinn». Bei der Arbeit in den Kollegien erhalte ein junger Mann Einblick in alle Zweige der Verwaltung. Gegenüber der Behauptung, daß mit der Schaffung besoldeter Ämter tüchtigere Kräfte gewonnen werden könnten, hält er die Erfahrung aus andern Kantonen: daß die besten Köpfe die verantwortungsvollen Staatsstellen gar nicht erstrebten, weil diese keine Sicherheit böten[82].

[78] Ein handschriftlicher Entwurf Sarasins zu einer Art Verwaltungsreform liegt bei den Verfassungsakten St. A. Verfassung B 5.

[79] «Basler Nachrichten» Februar 1862. Die Autorschaft Sarasins ergibt sich nicht nur aus der Übereinstimmung des Inhalts mit dem erwähnten Entwurf, sondern auch aus der Kritik Heuslers, die sich an Sarasin wendet.

[80] Das Projekt ist in seiner zwiespältigen Haltung bezeichnend für die Mittelstellung, die Sarasin einnahm. Es wird im «Volksfreund» nicht übel aufgenommen. Vgl. «Volksfreund» 24. 2. 1866 ff., ebenfalls eine Artikelserie über das Regierungssystem.

[81] St. A. Verfassung B 6, handschriftliche Notizen.

[82] Heusler denkt hier an den Abbruch seiner eigenen politischen Laufbahn 1848. Im Gespräch mit Männern aus andern Kantonen fällt ihm auf, «daß sich ... (anderswo) ... die besten Köpfe gar nicht mehr zu den Staatsstellen hindrängen, gerade weil sie einen, wenn auch nicht einträglichen, so doch sicheren Wirkungskreis vorziehen. Eben diese Unsicherheit nötigt denn auch die Regierenden, sich den Parteien hinzugeben.» (Handschrift Andreas Heusler, St. A. Verfassung B 6.)

Einem unbemittelten jungen Mann, dessen Kapital einzig in seinen geistigen Kräften besteht, sei die politische Karriere am allerwenigsten zu empfehlen.

Im Verlauf der 60er Jahre, mit der stetigen Vermehrung der Bevölkerung und der Zunahme der sozialen Spannungen[83] verstärkt sich bei den Konservativen die Einsicht, daß eine Änderung notwendig sei: «Das Gefühl wird immer stärker, nicht von lauter Herren, wobei manche unter sich verwandt, regiert werden zu wollen. Ja, wir fühlen selber diesen Übelstand um seiner Wirkungen willen[84].» Aber nicht nur die veränderten Umstände drängen nach Erneuerung und Anpassung, es ist vor allem eine Persönlichkeit, deren Bedeutung und wachsender Einfluß auf die politischen Geschicke der Stadt nicht verkannt wird: Wilhelm Klein. Seit er sich uneingeschränkt der politischen Aktivität widmete und den «Volksfreund» redigierte, hatten die Radikalen an Terrain gewonnen. Am augenfälligsten waren die Erfolge Kleins bei den Nationalratswahlen von 1863 und 1866, wo der junge Radikale seine liberalen Gegenkandidaten, August Staehelin und Rudolf Paravicini, aus dem Feld geschlagen hatte. Es war offensichtlich, daß der Freisinn über einen großen Anhang in der Basler Bevölkerung verfügte – dieser Tatsache verschlossen sich die Konservativen nicht[85].

Im November 1866, als Klein erneut in den Nationalrat gewählt war und nun sein «Klingentalprogramm» entwarf, wurde im Kleinen Rat ausführlich die Frage erwogen, ob es nicht an der Zeit sei, eine gründliche Umgestaltung vorzunehmen. Diese Diskussion war angeregt worden durch einen von Alphons Kœchlin gestellten Antrag, die Regierung möge von sich aus eine Revision der Verfassung an die Hand nehmen. Das Protokoll teilt nur kurz die Ablehnung dieses Vorschlags mit[86], doch ist uns der Verlauf der Verhandlungen durch einen privaten Bericht erhalten. Es ist Adolf Christ, der seinen Freund Karl Sarasin, der wie er Mitglied der Regierung, aber zufällig von Basel abwesend war, wohl auf Grund von Notizen, die er selber während der Sitzung aufnahm, ins Bild setzt.

[83] W. Haeberli, Basler Zeitschrift 64, 1964, p. 109.

[84] Adolf Christ, Januar 1862, Nachlaß Ad. Christ, Univ.bibl. Basel. Vgl. Anm. 103.

[85] Im selben Bericht vom Januar 1862 anerkennt Christ, der «Volksfreund» habe sich durch «seine gemessene Haltung und Redaktionsgeschick» großes Ansehen erworben: «Es ist fast kein Zweifel, daß die nächste Kleinrathswahl ihn (= Wilh. Klein) in die Regierung bringt.»

[86] Kleinratsprotokoll, Sitzung vom 19. 11. 1866. Dieselbe Notiz in der Zeitung: «Basler Nachrichten» 20. 11. 1866: «Findet sich der Kleine Rat nicht veranlaßt, die Frage der Verfassungsrevision von sich aus an die Hand zu nehmen».

Seine Schilderung vermittelt ein lebendiges Bild von der Vielfalt der persönlichen Ansichten, bei denen sich aber doch eine gewisse Gruppierung, Reformfreunde und Reformgegner, erkennen läßt[87].

Es sind mehrere Gründe, die Koechlin zu seinem Antrag bewogen haben, grundsätzlich keine neuen Argumente, eher ein realistischer Blick für die Tatsachen. Er ist überzeugt davon, daß – bei aller Vortrefflichkeit des Basler Regierungssystems – das Prinzip der Unentgeltlichkeit des Amtes in der ausführenden Behörde sich nicht länger aufrechterhalten lasse. Die überall zu vernehmende Bemerkung: im Gegensatz zu andern Kantonen sei in Basel «die Demokratie ... nicht zum Durchbruch gekommen», müsse beachtet werden; «heute ist der 4. Stand neu und stärker ... Man muß etwas tun und wissen, wo die Mehrheit ist.» Der Einwendung, es sei dem bestehenden Ratsherrenkollegium nicht zuzumuten, durch einen freiwilligen Verzicht gewissermaßen «Selbstmord» zu begehen, hält er eine Erkenntnis entgegen, die ein tieferes Denken über Staat und Politik voraussetzt: «Der Staatszweck ist nie gerade das Bestehende.» Bei einem Beharren auf der Ausschließung Kleins, dessen Anspruch für Koechlin nach den Wahlerfolgen feststeht, «preparieren wir die schroffe Parteystellung und wir müssen dieselbe eher vermitteln[88]».

In der anschließenden Diskussion, die fast als ein Gespräch en famille bezeichnet werden kann, da das amtliche Protokoll die Voten nicht aufnahm, wird Koechlins Vorschlag von der Mehrheit abgelehnt. Die einen sehen im Bestehen der ehrenamtlichen Stellungen und dem damit verbundenen Erfordernis einer hohen Gesinnung der Verantwortlichen das Fundament, an dem nicht gerüttelt werden darf[89]. Konservativismus als sittliche Grundlage einer aristokratischen Gesellschaft wird in diesem Sinn verfochten von Carl Felix Burckhardt und Adolf Christ, deren Denken stark im Religiösen wurzelt. Andere, wie Peter Merian, vertreten eine mehr patriarchalisch autoritär geprägte Ansicht: einem Unbesoldeten gehorche man lieber, bezahlte Ämter seien aus diesem Grunde gar nicht begehrt. Das Prinzip der Mehrheit ist für Merian völlig belanglos[90]. Nur drei von den elf Anwesenden sprechen sich für

[87] Ad. Christ an Karl Sarasin, 22. 11. 1866 mit einer Beilage «Relation über den Anzug Koechlin über Revision der Verfassung vom 19. 11. 1866.» St. A. Priv. Arch. 212.

[88] Ibid. 1. Votum von Koechlin, Rechtfertigung des Anspruchs von Klein: «Dann muß auch allen Parteihäuptern Eintritt in die Regierung gestattet sein, wenn so viele Wähler hinter ihnen sind.»

[89] Ibid. p. 2 und 3.

[90] Ibid. p. 3, Votum von Peter Merian: «Man sei nicht sicher der Mehrheit? Möglich. Aber darum Revision und Abstimmung? Nein.»

Koechlins Antrag aus: am entschiedensten Emanuel Burckhardt. Auch seine Argumente sind mehr praktischer als ideologischer Art: bei der zunehmenden Arbeitslast der einzelnen Ämter würde der Kreis der dafür Auszuwählenden immer kleiner[91]. Der moderne bürokratische Staat, in dem das Regieren nicht mehr als amateurhafte ehrenvolle Nebenbeschäftigung betrieben werden kann, kündet sich an.

So wenig wie die Befähigung kann auch die Noblesse des Charakters nicht ausschließlich den alten Familien zugestanden werden: Emanuel Burckhardt erinnert an Männer wie Georg Felber, J. J. Heimlicher, Gottlieb Bischoff, die besoldete Stellen versehen – wer könnte die Ehrenhaftigkeit ihrer Gesinnung, die Adolf Christ als geistige Grundhaltung der unbezahlten Tätigkeit bezeichnet hatte, bestreiten? «Wir wollen uns doch nicht gegenseitig das Rauchfaß unter die Nase schlenkern» – mit dieser ungeduldigen Bemerkung drängt Koechlin zum Handeln und wünscht, die Regierung möge von sich aus die Revision anregen und nicht warten, bis der Große Rat den Anstoß gebe: «es ist doch die Consequenz von allem, was in der Schweiz geschieht[92].»

Dieses ist nun allerdings der Punkt, den Carl Felix Burckhardt, dem als Amtsbürgermeister das letzte Wort zusteht, nicht anerkennen will: «Kleins Mehrheit im Nationalrat ist keine für Basel» – damit ist der altkonservative Standpunkt bezeichnet: was in Bern geschieht, ist für uns belanglos, man könnte fast sagen: die Schweiz existiert für uns nicht[93]. Burckhardt scheint zu übersehen, daß Kleins Mehrheit in Basel zustande gekommen ist – allerdings mit der Beteiligung der niedergelassenen Schweizer.

Damit war die Angelegenheit für den Kleinen Rat zwar erledigt, das Gewissen eines Adolf Christ, dessen feineres Sensorium die Notwendigkeit einer Umgestaltung erkannt hatte, aber keines-

[91] Ratsherr Imhof: «Ein Opfer muß jeder bringen, auch wenn er 5 Franken bekommt. Man kann nicht Geschäft und Regierung betreiben. In der Sanität hat einer Tag und Nacht zu tun, wenn er's recht machen will.» Der Jurist Emanuel Burckhardt-Fürstenberger (1819–67), Schwiegersohn von J. G. Fürstenberger-De Bary, scheint die von diesem 1847/48 geübte «Justemilieupolitik» fortzusetzen.

[92] Relation von Christ, p. 3, 2. Votum von Koechlin.

[93] Vgl. die «klassische» Formulierung des konservativen Föderalismus: «Für mich hat die Schweiz nur Interesse, weil der Kanton Luzern – dieser ist mein Vaterland – in ihr liegt. Existiert der Kanton Luzern nicht mehr als freies souveränes Glied in der Eidgenossenschaft, so ist mir dieselbe so gleichgültig als die große oder kleine Tartarei.» Philipp Anton von Segesser an Andreas Heusler 9. 2. 1848, Basler Zeitschrift 31, 1932, p. 122.

wegs beruhigt[94]. Es kam so, wie Koechlin es vorausgesagt hatte: die «Rebellen» ergriffen die Initiative, und am 28. Januar 1867 stellte Klein im Großen Rat den Antrag auf Revision der Verfassung Darauf hebt die bekannte Suite von Vorgängen an: Diskussion im Großen Rat (wo Koechlin sich loyalerweise sehr zurückhaltend äußerte: «demokratische Ideen liegen nun eben in der Luft» – während Carl Felix Burckhardt den radikalen Führern die Übereinstimmung mit dem Volk bestritt: «Zeitungslärm ist noch kein Volkswunsch»)–Eintreten und Wahl einer Revisionskommission[95]. Bei diesem Stand der Dinge erfolgt eine Unterbrechung durch die turnusgemäße Erneuerung des Großen Rates. Die Revisionsfrage wird in die Wahlpropaganda miteinbezogen. Bei einigen «Liberalen Wahlvorschlägen» taucht das Emblem der Lilie auf[96]. Als Vereinigung liberaler, d. h. reformfreundlicher Großräte, die sich mit Koechlin um die «Basler Nachrichten» scharen, tritt der «Safranverein» ins Leben[97].

War es die Furcht vor der bevorstehenden Revision? War es die Abneigung gegenüber dem kirchlichen Freisinn, oder hielt die zunehmende Verschlechterung der finanziellen und wirtschaftlichen Situation der Stadt die Wähler vor «Experimenten» zurück? Die Wahlen ergaben eine deutliche Niederlage der Freisinnigen. Die «Basler Nachrichten» zögerten nicht, diesen vielleicht doch überraschenden Sieg der Liberal-Konservativen als «Antwort des Basler Souveräns, des soliden Kerns unserer Bevölkerung, auf das unaufhörliche Schreien nach neuen Leuten und Zuständen», als ein «Vertrauensvotum für das jetzige politische System» zu bezeichnen[98].

In der Junisitzung des Großen Rates konnte der Amtsbürgermeister mit Genugtuung feststellen, die Basler Bevölkerung habe sich mit den Wahlen im März gegen eine Änderung der Staatsgrundlagen ausgesprochen. Mit dem Mehr eines Drittels der Stimmen wurde das Eintreten auf die Vorschläge der Verfassungskommission abgelehnt, und so war die Revisionsfrage für ein weiteres Jahrzehnt begraben[99].

[94] Seine Resignation über die passive Haltung seiner Gesinnungsgenossen zeigt sich in dem Geständnis: «Ich erwarte fast mehr von den Fehlern und Übertreibungen der Rebellen als von der Energie unserer Seite.» Adolf Christ an Karl Sarasin, 1. 9. 1866, St. A. Priv. Arch. 212.

[95] Großratsdebatte vom 4. 2. 1866, «Basler Nachrichten» 6. 2. 1866.

[96] «Basler Nachrichten» 29. 3. 1867.

[97] Paul Speiser, Erinnerungen aus meiner amtlichen Tätigkeit, Basel 1935, setzt den Anfang des Safrankomitees auf 1870 an.

[98] «Basler Nachrichten» 16. 4. 1867.

[99] Großratssitzung vom 3. 6. 1866, Referat in den «Basler Nachrichten». Revidiert wurden lediglich §§ 38 und 39 (Ordnung des Appellationsgerichtes).

4. Adolf Christ und die «Reichsgotteswerke» der 50er und 60er Jahre. Die Entstehung der Basler Kirchenverfassung (1874).

Nach diesem Blick auf die politischen Anliegen und Diskussionen der 60er Jahre muß derjenige Bereich ins Gesichtsfeld gerückt werden, in dem sich konservatives Denken und Handeln vor allem abspielte: die Kirche. Der Mann, der in der Zeit von 1848 bis 1875 das konservative baslerische Wesen im Bewußtsein vieler geradezu verkörperte, stellt in seiner Persönlichkeit die Verbindung der staatlichen Sphäre mit derjenigen der Kirche dar. Adolf Christ ist für unsere Fragestellung besonders wichtig, weil er 1873 einer der Hauptanreger der konservativen Pressebildung war. Um seinen Platz in der Geschichte des konservativen Denkens im 19. Jahrhundert zu zeigen, muß etwas weiter ausgeholt werden. Sein Wirken kann nur aus dem Ganzen des merkwürdigen Konnexes heraus, den Staat und Kirche in Basel bildeten, verstanden werden.

Das in der Reformation geschaffene Staatskirchentum war im 19. Jahrhundert in Basel seinem Wesen nach noch beinahe unverändert erhalten: die Funktion des Bischofs als des obersten Stadtherrn hatte seit 1529 der Große Rat übernommen, d. h. die gesetzgebende Behörde war letzte Instanz auch in Dingen der Kirche und des Glaubens. Die oberste Kirchenbehörde, der Kirchenrat, war als ein Kollegium wie die übrigen Kommissionen der Verwaltung dem Kleinen Rat unterstellt[100]. In der erstaunlichen Tatsache, daß sich dieses Verhältnis während drei Jahrhunderten sozusagen unerschüttert erhalten hat, zeigt sich die Stabilität und Geschlossenheit einer rein protestantischen Bevölkerung. Die Bewahrung dieser konfessionellen Einheit der Stadt war denn auch im 19. Jahrhundert eines der wichtigsten Ziele konservativer Politik.

Das Eigentümliche an der Stellung der Basler Kirche ist nicht so sehr ihre enge Verbindung mit dem Staat, sondern der Umstand, daß die Kreise, in denen das religiöse Leben seinen reichsten und spontansten Ausdruck fand, zu der Kirche, eben der Staatskirche, in einem sehr freien Verhältnis standen. Gemeint ist die Basler Mission und die mit ihr in engerer oder loserer Verbindung stehenden zahlreichen Vereinigungen und Unternehmungen, die im folgenden als «Reichsgotteswerke» bezeichnet werden[101]. Mit ihrer

[100] Vgl. Paul Burckhardt; ferner Hermann Henrici, Die Entstehung der Basler Kirchenverfassung, Zürich 1918.

[101] Burckhardt a. O. 290; Adolf Schlatter, Geschichte der Basler Mission, I, Basel 1916, passim.

Unabhängigkeit von der Kirche stand die Mission[102] als ein Gebilde eigenster Prägung in einem gewissen Sinn auch außerhalb des Staates. Ihre Angelegenheiten wurden nicht vor die staatlichen Behörden gezogen, und ihre Verbindungen gingen weit über die Grenzen der Stadt und der Schweiz hinaus. Nun ist aber einer der wichtigsten Förderer dieser Reichsgotteswerke, Adolf Christ, während Jahrzehnten zugleich Glied der Basler Regierung[103]. Eine Verbindung zwischen jener außerhalb von Staat und Kirche stehenden Glaubensgemeinschaft und dem Basler Staatswesen ist trotz der grundsätzlichen Trennung der beiden Bereiche in seiner Person über eine lange Zeitspanne gewährleistet. Dem Komitee der Basler Mission gehörte er schon zu einem Zeitpunkt an, da das Unternehmen noch in den Anfängen steckte (1840). Als ständiges Mitglied und seit 1854 als Präsident hat er den Aufstieg der Mission und eine große Ausbreitung ihrer Bestrebungen erlebt. Das Amt eines Basler Ratsherrn versah Christ von 1847 an ohne Unterbrechung bis zum Ende der alten Regierungsform 1875. Seine Ressorts waren das Justizkollegium, in dem er als einziger Nichtjurist wirkte, und die Verwaltung des Kirchen- und Schulgutes. Er war der Vertreter der Regierung im Kirchenrat und verfocht jeweils die Interessen der Kirche in den staatlichen Behörden, im Kleinen wie im Großen Rat. Bei allen Zusammenstößen und Konflikten der religiös-kirchlichen mit der bürgerlich-staatlichen Sphäre, die in jener Zeit des Umbruchs häufig waren, stand Christs Person im Mittelpunkt. Er war der Gegenstand der Angriffe des Freisinns, aber auch die Hoffnung vieler im alten Sinn religiös Gesinnter. Für die Mehrheit der Basler Bürgerschaft mochte er die alte baslerische Einheit von Staat und Kirche verkörpern[104]. Die Stärke seiner Position bestand aber darin, daß er durch seine weiten Verbindungen eben über alle

[102] Schlatter I, p. 278: «Als baslerische Missionsgesellschaft können wir nur existieren in der vollständigen Unabhängigkeit von den Kirchen» (Inspektor Josenhans, 1862).

[103] Literatur über Adolf Christ: His, Staatsmänner, p. 165 ff.; Chr. Friedr. Eppler, Der Basler Ratsherr Adolf Christ, Basel 1888; Gottlieb Bischoff in Basler Jahrbuch 1879. Schlatter I, p. 263: Josenhans sagte von Adolf Christ: (er sei) «ein Mann, in welchem unter großen Kämpfen eine wahrhaft neue Geburt aus Gott zu Stande gekommen war». – Ein Bündel Briefe, die Christ meist monatlich an die Brüdergemeinden in Deutschland richtete, sind in der Univ.Bibl. Basel (zitiert: Nachlaß Christ). Auszüge aus diesen Berichten (die Originale reichen von Dezember 1846 bis Ende 1868) bei: (Johannes Schnell) Ad. Christ, weiland Ratsherr zu Basel, Bern 1884. Den Hinweis auf diese Quelle verdanke ich der Freundlichkeit von Herrn Dr. Max Burckhardt, Univ.Bibl. Basel.

[104] Die Biographie im Basler Jahrbuch spricht wiederholt von der Popularität Christs.

kirchliche Beschränkung hinauswies in einen Bereich freier, individueller Gläubigkeit. Dies machte ihn den gegnerischen Angriffen gegenüber unverletzlich.

Durch die Person Christs strömte der Basler Kirche mitten in einer Epoche der Krisis des Christentums eine unerhörte Kraft zu, deren sie im Kampf mit dem «Unglauben» dringend bedurfte. Diese Situation sei nun durch einen Bericht, den Christ anfangs Dezember an seine deutschen Glaubensbrüder richtet, dargestellt[105]:

«Acht Jahre sind nun verflossen, seit unsere Vaterstadt und Kirche einen Kampf gekämpft hat, von dem wir so ein Gefühl hatten, wie:

,Gottlob ein Schritt zur Ewigkeit
ist abermal vollendet ...'

Wir waren uns ja recht bestimmt bewußt, daß es nur ein Schritt sei und daß nun Kämpfe folgen müßten, aber gerade jetzt, wo es wieder toset, wollen wir vor allem für die letzten acht Jahre und ihre Segnungen danken. Wir haben uns fester gliedern können, haben Mauer und Bausteine für Gottes Reich gründen dürfen ... haben eine Schar kräftiger Zeugen ins Pfarramt wählen können, ... so daß die Kriegsposten jetzt stärker und besser besetzt sind als vor acht Jahren. Dagegen tritt uns jetzt ein politisch erschüttertes und demagogisch durchwühlteres Gemeinwesen entgegen, und es könnten leicht von den Männern des Staates kirchliche Positionen geopfert werden, um sich (vermeintlich!) im Politischen fester zu stellen.

Ein s. g. religiöser (sollte heißen irreligiöser) Reformverein hat sich gebildet ... und sein erstes Auftreten ist eine Petition um einen neuen Professor der s. g. modernen Theologie. Das neue Universitätsgesetz[106] gestattet der Regierung noch eine theologische Professur zu bestellen, und es will mir fast scheinen, die Erziehungsbehörde geige gern etwas links[107]. Aber die Reformer sind derb: sie wollen einen «Ganzen», und das geniert einstweilen die Behörde, die nichts auf die Spitze treiben will. Sehr frappant ist, daß unsere eher s. g. furchtsamen Theologen (Hagenbach u. a.) sehr heftig und hart gegen die Reformer auftreten und von ihnen förmlich malträtiert werden. Der Herr wolle auch diese Schmach ihnen zum Segen setzen!»

Die für das religiöse Leben unheilvolle Entwicklung – eine Kette verschiedener Vorgänge, deren innerer Zusammenhang erkannt

[105] Nachlaß Christ, Univ.Bibl. Basel, Anfang Dezember 1866.

[106] Dasjenige von 1866.

[107] Zur Haltung des Erziehungskollegiums zu den Forderungen des Reformvereins im Januar 1867 vgl. Edgar Bonjour, Die Universität Basel von den Anfängen bis zur Gegenwart, Basel 1960, p. 516.

wird – beginnt für Christ 1858. Er meint damit wohl den ersten Angriff auf den Basler Protestantismus, der durch einen von Franz Hörler eingereichten Antrag auf Abänderung des Ordinationsgelübdes der Pfarrer erfolgt war. Zur Ablehnung kam es nach einer langen Debatte im Großen Rat, bei der Christ in einem bedeutsamen Votum den doktrinären Anschuldigungen Hörlers die tatsächliche Liberalität der Basler Kirche entgegenhielt.

Sein Hinweis, daß es bei der gestellten Frage nicht um schwierige theologische Probleme, sondern um «die allereinfachsten, tiefgehendsten religiösen Lebensfragen» gehe, vermochte zu überzeugen. Seine Rede war nicht das Bekenntnis zu einer Kirche, sondern die Versicherung eines freien Menschen, daß er sich an Gott gebunden fühle[108].

Noch einmal war ein Sieg gelungen, aber die Berichte der folgenden Jahre verraten immer deutlicher die Sorge um den weitern Gang der Dinge. Der sittliche Ernst und die echte Liebe zum Volk, die die Tätigkeit eines Wilhelm Klein auszeichneten, konnten auch Christ nicht verborgen bleiben. Die Vorstellung, daß es sich beim Freisinn bloß um den «Samen des Bösen» handle, konnte seinem ehrlichen Bemühen um Erkenntnis der Lage nicht genügen. Um so mehr unternimmt er mit seinen Freunden Anstrengungen, dem Treiben der Gegner eigene Tätigkeit entgegenzusetzen – die «Segnungen» von denen er in seinem Bericht redet, fallen nicht vom Himmel, sondern entspringen der ungeheuren Aktivität, die der Kreis um Christ entwickelt.

Es ist nicht möglich, ein vollständiges Bild von der Vielfalt des religiösen Lebens jener Jahrzehnte in Basel zu geben. Einige Hinweise, wie sie sich aus den regelmäßigen Berichten Christs an seine Glaubensbrüder ergeben, mögen genügen. Den Vorlesungen und Diskussionen der Reformer Rumpf und Hörler wird im Winter 1860/61 Missionar Hebich entgegengestellt. Seine Predigten in der Leonhardskirche rufen aber auch Widerspruch hervor, so daß Christ eine Zersplitterung der treuen Gläubigen befürchtet. Er regt eine Vereinigung der vielen bestehenden christlichen Vereine und Gruppen an[109]. So kommt es zur Gründung eines «Vereins christlicher Gemeinschaft», der in Vorträgen und Predigten jeweils Scharen von Zuhörern anzieht. «Am letzten Sonntagabend waren

[108] Großratsdebatte vom 7. 12. 1858, Referat «Basler Nachrichten» 9./10. 12. 1858. Christs Votum ist auch bei Schnell wiedergegeben (119ff.). Dieselbe Meinung wie Christ vertrat in dieser Sitzung nur sein Freund Karl Sarasin. Professor Wilh. Vischer-Bilfinger sprach dem Rat die Kompetenz für die Entscheidung ab.

[109] Bericht von Ende März 1860, Nachlaß Christ, Univ.Bibl. Basel.

in unsern drei Sonntagssälen 600–700 Personen, im Missionshaus 250, bei Nippert 200, im Gesanggottesdienst über 1000[110].» Man sieht, daß auch die Kreise der Kirche ihren Erfolg an den Zahlen abmessen. Auch die Mission macht Fortschritte: 1870 wurde mit der Einweihung des Missionshauses eine Periode stetigen Aufstieges unter der Leitung von Joseph Friedrich Josenhans abgeschlossen. Sie hatte ihren festen Platz erobert und bildete fortan einen wesentlichen Bestandteil des geistigen Lebens der Stadt[111].

Im November 1864 meldet Christ die Erwerbung einer Liegenschaft am Petersplatz durch eine Gesellschaft von 15 Brüdern «zu christlichen Vereinszwecken[112]». Das Vereinshaus ist entstanden, das in den folgenden Jahrzehnten Sammelpunkt aller christlichen Kreise der Stadt wurde. Schon im ersten Winter wird es von einem guten Dutzend Vereine benützt. Zehn Jahre später kommt es zur Erwerbung des «Engelhofs», der an die «Commission für Sonntagsäle» vermietet wird. Damit war eine wesentliche Ausdehnung des Wirkungskreises erreicht[113].

Besondere Aufmerksamkeit schenkte der Kreis um Adolf Christ der Ausbildung von Theologen, d. h. dem Nachwuchs an Pfarrern. Dem Einfluß der liberalen Theologie mußte durch die Sicherung orthodoxer Professuren an der Universität begegnet werden. Der «Verein zur Förderung christlich theologischer Wissenschaft» (seit 1835) berief nacheinander eine Reihe von Theologen: Beck, Hoffmann, Auberlen, von der Goltz, Kaftan, deren Tätigkeiten von Christ eifrig verfolgt wurden. 1873 wurde Pfarrer Conrad von Orelli von Zürich berufen, der die zweite Stiftungsprofessur versah. In der Existenz eines «blühenden Ministeriums», d. h. in Basel ausgebildeter Pfarrer, erblickte Christ den besten Beweis für die Lebendigkeit des christlichen Glaubens[114].

Die Bemühungen um die Erhaltung des orthodoxen Protestantismus blieben aber nicht auf Basel beschränkt. Auch in andern Kantonen machte die Reform Fortschritte, so daß ein Zusammen-

[110] Ibidem 4. 12. 1860.

[111] Schlatter I, p. 208.

[112] Bericht Christs über die Gründung des Vereinshauses, November 1864, Nachlaß Christ, Univ.Bibl. Basel. Benutzt wurden ferner die Protokollbücher des Christlichen Vereinshauses (1864–1888), die mir freundlicherweise vom Christian-Spittler-Haus in Basel überlassen wurden, sowie Gustaf Adolf Wanner, Zeugen des Reiches Gottes, Basel 1964.

[113] Protokoll des Vereinshauses, November 1865 und Februar 1875.

[114] In der Großratsrede vom 7. 12. 1858 erwähnt Christ 15 Pfarrer in Baselland, 10 in der Schweiz, 10 im Ausland (Schnell, p. 124). Über die theologischen Professuren vgl. Edgar Bonjour, Geschichte der Universität Basel, Basel 1961, p. 520ff.

schluß ihrer Gegner sich als notwendig erwies. Die Anregung zur Gründung des «Schweizerisch evangelisch kirchlichen Vereins» ging von Basel aus[115]. Das erste Zirkular, das zum Beitritt aufforderte, ist von Adolf Christ, Professor Christoph Johannes Riggenbach und Pfarrer Ernst Staehelin unterzeichnet. Die «Gleichgesinnten» werden aufgefordert, den gegenwärtigen Gefahren der Zersetzung des kirchlichen Lebens entgegenzuwirken durch ein betontes Festhalten an der Institution der Landeskirche. Als Grundsätze werden die Bewahrung des reformatorischen Bekenntnisses und der Abendmahlsliturgie genannt. Der Verein stellt sich die Aufgabe, in den verschiedenen Sektoren über die «Bestellung der Ämter in Kirche und Schule» zu wachen und den Gemeinden beim Festhalten an den erwähnten Grundsätzen beizutsehen.

Das soll geschehen durch die Veranstaltung von Vorträgen, die Ausbildung von Geistlichen, die Verbreitung von Zeitschriften. Im Verlauf des ersten Jahres wurden acht Sektionen konstituiert: Zürich, Bern, Basel, St. Gallen, Thurgau, Aargau, Neuenburg, Genf. Unter ihnen schien Basel die stärkste; sie zählte gleich zu Beginn 445 Mitglieder. Die zunehmende kirchliche Spannung in Basel gab in der Folge dem schweizerischen Verein, aus dem später die baslerische «Kirchliche Hilfsgesellschaft» hervorwuchs, reiche Gelegenheit, sich zu betätigen. Für unsern Zusammenhang ist es von Interesse, daß die Struktur dieses 1871 entstandenen kirchlichen Vereins auf schweizerischer Ebene durchaus dem 4 Jahre später durch die Basler Konservativen angeregten «Eidgenössischen Verein» entspricht. Hier wie dort wird von einem kleineren Gremium durch ein Zirkular eine größere Versammlung einberufen. Es besteht ein Zentralkomitee, das die Bildung von kantonalen Sektionen anregt. Diese schicken ihre Delegierten zur jährlichen Hauptversammlung nach Olten. Mit der Gründung des «Eidgenössischen Vereins» durch Andreas Heusler (II) und Carl Felix Burckhardt wurde also nicht ein völlig neuer Weg beschritten, sondern die Gründer konnten auf den organisatorischen Erfahrungen ihres Gesinnungsgenossen Adolf Christ aufbauen.

Für den modernen Betrachter ist es erstaunlich, daß Christ alle diese Unternehmungen mit dem Amt eines Basler Ratsherrn, d. h. eines aktiven Gliedes einer ausführenden Behörde vereinigen konnte. Seine Doppelstellung muß auch im engeren Kreis der Glaubensgenossen als etwas Einmaliges aufgefallen sein. Auf die

[115] Akten und Jahresberichte des «Schweizerisch evangelisch kirchlichen Vereins», St. A. Kirchenarchiv N 39. Herrn Kirchenverwalter Dr. K. M. Sandreuter sei hier bestens für seine Auskunft gedankt.

Frage eines Bruders, wie er seine politische Aufgabe mit seinem Glauben vereine, antwortet Christ, daß das Verhältnis verwickelt sei:

«Ich kann nur so viel sagen, daß ich immer noch in bürgerlicher und kirchlicher Hinsicht den Anlaß zu mancher Wirksamkeit habe, die im Einklang mit dem Heiligen steht ... Nach manchen Seiten hin begreife ich gewisse Ansichten besser und lasse um des ‚Schikkens in die Zeit' willen Manches laufen, ohne immer wieder Opposition zu machen. Ich glaube, mit dem Alter muß man das um so eher tun, da ja doch wörtlich und nach göttlichem Willen die Zeit ein Element von unabweislich geschehenen Änderungen ist[116].»

Hier haben wir wieder einen wichtigen Hinweis gewonnen für die Art, wie die religiösen Konservativen ihre Stellung im politischen Leben auffaßten: sie erblickten darin eine ihnen gestellte Aufgabe, der man sich nicht entziehen durfte, ein Wirken, über dessen Vorläufigkeit sub specie aeternitatis man sich jederzeit bewußt war. Die Formulierung, daß die «Zeit ein Element von unabweislich geschehenen Änderungen ist», scheint uns sodann die Einsicht zu enthalten, daß auch der geschichtliche Ablauf der Dinge gottgewollt ist. Diesem Geschehen darf sich der Gläubige nicht widersetzen, das ist der Sinn des Paulinischen «Schicket euch in die Zeit» (Röm. 12, 11), das von Christ so oft angeführt wird. Auch die unermüdliche Tätigkeit gründet auf einem biblischen Gebot: «Wirket, solange es Tag ist[117].» Aus dieser Einstellung ergibt sich die Erklärung dafür, daß so manche Konservative trotz dem Mangel an persönlicher Eignung, ja entgegen ihrer Veranlagung und Begabung, im politischen Leben ausharrten; es wird auch deutlich, warum sie sich dem endgültigen Sturz des alten Regimentes nicht widersetzten.

Bevor es dazu kam, führte aber eine Reihe von Einbrüchen in die bisherige Ordnung auf dem Gebiet der Kirche zu einer grundlegenden Änderung: der Kirchenverfassung vom Januar 1874. Auf Grund des Konkordates von 1871 wurden auch andere als Angehörige der orthodoxen Richtung als Pfarrer wählbar. Der Wahleid bei den Pfarrwahlen war schon 1866 abgeschafft worden, und ein Gesetz von 1874 brachte die periodische Wiederwahl der Geistlichen nach sechs Jahren. Auch die Pfarrwahlen wurden neu organisiert, indem an die Stelle des Skrutinierens, das bisher in feierlicher Zeremonie im Anschluß an den Gottesdienst geschehen war,

[116] Bericht von Anfang Mai 1866, Nachlaß Christ, Univ.Bibl. Basel, zitiert bei Schnell, p. 101.

[117] «Ich muß wirken die Werke des, der mich gesandt hat, so lange es Tag ist; es kommt die Nacht, da niemand wirken kann» (Joh. 9, 4).

die nüchterne Form der Stimmabgabe an den Urnen trat. Mit dem Beginn des Jahres 1874 wurde zu St. Martin zum erstenmal ein Gottesdienst der Reformer eingerichtet, und schließlich erhielt die Leonhardsgemeinde mit Pfarrer A. Altherr den ersten Reformgeistlichen. Durch die Schulgesetze von 1870 wurde die Kirchgemeinde als Mittelpunkt der christlichen Erziehung aufgehoben[118]. Der Ratschlag zur neuen Kirchenverfassung (5. Mai 1873) stellt fest: Basel ist keine rein protestantische Stadt mehr, und dies nicht nur wegen der Zusammensetzung der Bevölkerung, sondern weil die Kirche einige ihrer wichtigsten Funktionen verloren hat.

Die Kirchenverfassung von 1874 schuf die Synode und behob somit das alte Übel, daß der Große Rat kirchliche Funktionen zu erfüllen hatte. Sie dehnte das kirchliche Wahlrecht von den Bürgern auf die schweizerischen Niedergelassenen aus und erhöhte die Selbständigkeit der Gemeinden durch die Einsetzung von Kirchenvorständen. Die Bindung an den Staat blieb bestehen. Somit sind die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß sich in der Folge der Kampf der kirchlichen «Richtungen» parallel zu den politischen Auseinandersetzungen, derjenigen der Parteien, vollziehen konnte.

5. Die Gründung der «Allgemeinen Schweizer Zeitung», 1873

Zu den politischen und kirchlichen Problemen Basels traten zu Beginn der 70er Jahre die Sorgen um die Entwicklung innerhalb der Eidgenossenschaft. Die Bestrebungen des Radikalismus, in der Vereinheitlichung von Armee und Recht sowie im Ausbau der Volksrechte weiter voranzuschreiten, als es 1848 möglich gewesen war, führten zur Revision der Bundesverfassung von 1874. Jetzt ist es Andreas Heusler II., der, ähnlich wie sein Vater, dem zentralisierten und bürokratisierten Staat, dem «Untier der Demokratie» den Kampf ansagt[119]. Seit dem Eingehen der «Basler

[118] Zu der bisher zitierten Literatur über Basel und das kirchliche Leben vor allem: Eduard Vischer, Die Wandlungen des Verhältnisses der Schule zu Kirche und Staat in Basel, Zürich 1931.

[119] Andreas Heusler I war 1868 gestorben. Sein Sohn, Andreas Heusler II (-Sarasin) lebte von 1834–1921. Von 1863–1917 bekleidete er die Professur für deutsche Rechtsgeschichte und Zivilprozeßrecht an der Universität Basel. Seine Bedeutung als Jurist (er ist der Schöpfer der Basler Zivilprozeßordnung von 1875) wird gewürdigt bei Theodor Bühler, Andreas Heusler und die Basler Stadtgerichtsordnung 1860–70, Basler Stud. z. Rechtswiss., H. 69, Basel 1963. Daselbst ausführliche Literaturangaben. Das Zitat ist einem Brief an Wilh. Vischer entnommen, dat. Catania 8. 2. 1874, Vischer-Archiv, Basel, Privatbesitz.

Zeitung» bestanden in Basel neben dem radikalen «Volksfreund» die «Grenzpost», die eine demokratisch zentralistische Haltung einnahm, und die liberalen «Basler Nachrichten», die durch einen Wechsel in der Redaktion 1872 erheblich nach links gerückt waren[120]. Das Fehlen eines konservativen Presseorgans wurde besonders in den kirchlichen Kreisen stark empfunden. Von verschiedenen Plänen einer Zeitungsgründung ist in der Korrespondenz zwischen Karl Sarasin und Pfarrer Friedrich Reiff die Rede: in Basel fehle es weder an geistigen Kapazitäten, noch an ökonomischen Mitteln, deshalb wird der Ratsherr aufgefordert, selbst die Initiative zu ergreifen; es ergäbe sich dadurch «ein Ansatz und Einigungspunkt ... für eine schon vorhandene, von uns nicht consolidierte – ungern nenne ich sie conservative politische Partei, die auftreten und sich regen müßte, wenn nicht die jetzige übermäßige Strömung alles mit sich fortreißen soll[121]». Die Verwirklichung dieses Planes ließ nicht mehr lange auf sich warten. Das Zusammenführen der interessierten und zur Beteiligung geneigten Personen war das Werk Adolf Christs; er nennt das Unternehmen «unsere Zeitungsangelegenheit[122]». In seinem Haus fand am 10. Juni 1873 die Besprechung statt, aus der die «Allgemeine Schweizer Zeitung» hervorging. Aus den 12 bis 14 anwesenden Freunden, die Christ «la crème des braves gens» nennt, wurde ein Komitee gebildet, das die Geschäfte an die Hand nahm: Andreas Heusler, Eduard Bernoulli-Riggenbach, Eduard Preiswerk-Groben, Adolf Vischer-Sarasin, Hermann Christ-Socin[123]. Die Verbindung dieses

[120] Die «Schweizer Grenzpost» wurde 1871 durch den Thurgauer Abraham Roth gegründet, der seit 1848 an der Redaktion des «Bundes» und anderer Berner Blätter gewirkt hatte. In den achtziger Jahren gehörte die «Grenzpost» J. R. Geigy, der hier seine vom «Eidgenössischen Verein» abweichende liberaldemokratische, auf das «Zentrum» orientierte Politik zum Ausdruck bringen konnte. – Solange die «Basler Nachrichten» in Fortsetzung der Linie des «Intelligenzblattes» eine liberale Haltung vertraten, konnten sie von den Konservativen in einem gewissen Sinn für sich beansprucht werden. Als die Leitung aber an zwei führende Gestalten des schweizerischen Freisinns überging (Emil Frey und J. G. Wackernagel), wurde die Notwendigkeit einer eigenen konservativen Presse immer dringlicher. Vgl. Paul Speiser, Das Basler Zeitungswesen 1860–1902, «Basler Nachrichten» 12. 12. 1931.

[121] Friedrich Reiff an Karl Sarasin, 1. 11. 1870, St. A. Priv. Arch. 212. Reiff war 1864–75 theologischer Lehrer im Missionshaus und Mitglied des Missionskomitees. Später war er Pfarrer in Stuttgart, wo er 1894 starb.

[122] Adolf Christ an Karl Sarasin, 17. 6. 1873, St. A. Priv. Arch. 212; ausführlicher Bericht über die Gründung der ASZ.

[123] Eduard Bernoulli, 1819–99, Nachruf Allg. Schw. Zeitung, 13. 10. 1899, Bankier; Eduard Preiswerk, 1829–95, ebenda 4. 4. 1895, Kaufmann; Adolf Vischer 1839–1902, Seidenhändler; Hermann Christ, 1833–1933, Jurist und Botaniker (Basler Jahrbuch 1935).

Kreises mit der Basler Mission war sehr eng: Bernoulli und Preiswerk waren Mitglieder des Missionskomitees, Hermann Christ trat ihm später bei (1888). Auch Adolf Vischer stand der Mission nahe und war Mitglied einer Reihe kirchlicher Vereinigungen. Bernoulli und Preiswerk übernahmen die finanziellen und technischen Geschäfte, während Andreas Heusler, obwohl er sich nicht direkt mit der Redaktion beschäftigte, doch der spiritus rector des neuen Blattes genannt werden darf. Wenn er auch selten öffentlich hervortritt, so läßt sich in ihm doch während der folgenden zwei Jahrzehnte das Haupt der Basler Konservativen erkennen.

Um sein politisches Verhalten zu verstehen, wäre es nötig, sein Verhältnis zu seinem Vater, dem Redaktor der «Basler Zeitung», zu kennen[124]. Man darf wohl annehmen, daß der Sohn sich dem Einfluß der starken Persönlichkeit des älteren Heusler nicht hat entziehen können. Die Resignation, die sich mit den Jahren bis zur Verdüsterung verdichtet hatte, war offenbar das Klima der Familie. Obwohl die Pflege von Kunst und Wissenschaft die Lücke, die durch die Entfernung des Vaters vom Staatsdienst entstanden war, vollständig ausfüllte, setzte sich beim Sohn trotz vieler anderer Neigungen der Drang zur öffentlichen Betätigung durch. Während 25 Jahren gehörte er dem Großen Rat an, in dem er allerdings selten, dann aber entscheidend, hervortrat. Seiner durch und durch aristokratischen Natur fiel es schwer, sich auf die Ebene der lokalen Tagespolitik zu begeben – er konnte nie anders auftreten denn als Widersacher gegen die Tendenzen seiner Zeit. Er bezeichnet sich selbst als einen «demokratischen Aristokraten» und bekennt mit diesem Paradox, daß seine Existenz im politischen Leben eine unmögliche ist[125].

Mit der Gründung der «Allgemeinen Schweizer Zeitung» wird nun der Versuch gemacht, dieser persönlichen Haltung der Abwehr und des starken Partikularismus, der in Basel immer gepflegt worden ist, eine weitreichende Geltung zu verschaffen, sie zu einer allgemeinen zu machen: es ist der Augenblick einer Parteigründung. Im Gegensatz zu seinem Vater hat Andreas Heusler II. den Schritt zum Zusammenschluß der Gesinnungsgenossen getan: der «Eidgenössische Verein», der im Mai 1875 ins Leben trat, trachtete das zu erreichen, was in den 50er Jahren unmöglich gewesen war, eine

[124] Als Ergänzung zu der gedruckten Literatur über Andreas Heusler-Sarasin wurden die von Eduard His kopierten Notizen benützt: «Aus dem Leben von Andreas Heusler II. J. V. D. nach seinen Mitteilungen im Herbst 1919, zusammengestellt von seinem Sohn Prof. Dr. phil. A. Heusler.» Nachl. Andreas Heusler II, Univ.Bibl. Basel.

[125] His, «Mitteilungen» a. O.

Sammlung der Konservativen auf dem Boden der Eidgenossenschaft. Als Richtlinie für die «Allgemeine Schweizer Zeitung» wurde bezeichnet «die Verteidigung des republikanisch foederativen Systems auf der Grundlage eines positiven Protestantismus».[126] Den unmittelbaren Anlaß für die Gründung und den wichtigsten Stoff der ersten Monate bildete der Kampf gegen die «Narrenrevision[127]». Diese Belebung der eidgenössischen Politik fällt zusammen mit der grundlegenden Änderung der Basler Verhältnisse, der Verfassung von 1875. Mit dem Ende des Ratsherrenregiments schwand für die Konservativen die letzte Möglichkeit, sich als die Verkörperung der «Gesamtheit» des Volkes betrachten zu können, sie wurden zur Partei, ja zur Minderheitspartei. Was der ältere Heusler erlebt hatte, widerfuhr, wenn auch in sehr abgeschwächter Form, den bisherigen Würdenträgern: sie traten ab, in Ehren, aber doch zu einem Zeitpunkt ihres Lebens, da sie ihre Aufgabe noch nicht als erfüllt betrachten konnten. So bot denn die Arbeit im «Eidgenössischen Verein» einen willkommenen Ersatz für den Verlust der öffentlichen Tätigkeit in der Vaterstadt[128].

Hier soll abschließend noch auf eine Episode aus der ersten Zeit der «Allgemeinen Schweizer Zeitung» hingewiesen werden: die Suche nach dem geeigneten Redaktor. In der ersten Besprechung bei Adolf Christ war «nach einigem Bedenkem» der Berner Patrizier J. L. von Wurstemberger mit dieser Aufgabe betraut worden[129]. Als Mitglied der «Evangelischen Allianz» war er den Basler Konservativen gewiß kein Unbekannter. Es kennzeichnet die dominierende Stellung, die Andreas Heusler im Komitee einnahm, daß er nach kurzer Zeit die Entfernung Wurstembergers durchsetzen konnte. Die sachlichen und vor allem die persönlichen Gründe, die dazu führten, sind gewiß nicht von großem Belang[130]. Doch scheint

[126] Werbenummer von September 1873.

[127] Heusler an Wilh. Vischer, Davos, 14. 2. 1872; Vischer-Archiv, Basel, Privatbesitz. (Gemeint ist die Revision der Bundesverfassung.)

[128] Hier ist vor allem an Carl Felix Burckhardt gedacht, der als Bürgermeister abzutreten hatte, weil das Amt aufgehoben wurde. Burckhardt übernahm das Präsidium des «Eidgenössischen Vereins» und damit die Führung der konservativ-protestantischen Bewegung in der Schweiz.

[129] Johann Ludwig von Wurstemberger 1820–84, ursprünglich Arzt, dann Landwirt, hatte im Auftrag der «Evangelischen Allianz» die russischen Ostseeprovinzen bereist und suchte offenbar eine neue Betätigung. Sein Vater, J. L. Wurstemberger (1773–1862), der sich 1831 von öffentlichen Ämtern zurückgezogen hatte und sich historischen Studien widmete, hatte in den 40er und 50er Jahren mit A. Heusler I einige Briefe über historische Themen gewechselt. (St. A. Priv. Arch. 328.)

[130] Die höchst unerquickliche Wurstemberger-Episode (vgl. Peter Rinderknecht, Geschichte des Eidgenössischen Vereins 1875–1913, Zürich 1949,

es für die geistige Situation des Kreises um die «Allgemeine Schweizer Zeitung» charakteristisch, daß die Persönlichkeit des Redaktors die Hauptschwierigkeit war, mit der man anfangs zu kämpfen hatte. Ein Ausweg wurde indes gefunden in der Gestalt von Pfarrer Arnold Joneli[131]; in ihm, einem gebürtigen Berner, dem der politische Sinn im Blut zu liegen schien – er hatte schon als Gymnasiast politische Artikel verfasst – und der durch viele Beziehungen mit

p. 13ff), die von den Beteiligten mit zarter Diskretion behandelt wird (z. B. von Wilhelm Vischer in seiner Geschichte des EV von 1885), kann hier durch einige Äußerungen aus Privatbriefen ergänzt werden.

Paul Speiser an Andreas Heusler, 6. 12. 1873: «Die Schweizer Zeitung macht, soviel ich sehe, Fortschritte, sie gewinnt an Boden, und wären nicht W.'s unglückliche Militärartikel gewesen, die dann doch so viele vernünftige Leute vor den Kopf stoßen, so hätte das neue Jahr noch mehr Abonnenten gebracht; er schreibt halt doch ziemlich schlecht und oft tactlos, und die Tendenz aller Freunde ... muß sein, so viele Einsendungen zu machen, daß er nicht nötig hat, selber zu schreiben...» (St. A. Priv. Arch. 329.)

A. Heusler an Wilhelm Vischer, 8. 2. 1874 (aus Catania): «Deinen Klagen über die ASZ kann ich leider nicht widersprechen ...» (er findet), «daß W.'s Artikel mit entsetzlicher Suffisance und Wichtigtuerei die schrecklichsten Salbadereien breitschlagen.» Darüber sei er nicht überrascht, er glaubte von Anfang an, W. sei «zu langweilig und zu ungebildet», um die Zeitung zu dirigieren, habe aber gehofft, ihn bald durch eine geeignete Persönlichkeit zu verdrängen. Jetzt aber sei das Blatt am «Versimpeln», die Blamage, wenn es eingehen würde, wäre schrecklich! «Ist denn auf Gottes weiter Erde oder sogar im lieben Schweizerland kein Redactor zu finden? Sind alle Schritte, alle Versuche erschöpft?» Er denkt an einen Studenten, der wenigstens einen Tagesbericht verfassen könnte. (Nachlaß Wilh. Vischer [1833–1886], Vischer-Archiv in Basel, Privatbesitz.)

A. Heusler an K. Sarasin, 21. 2. 1874 (aus Catania): er spricht davon, wie schwer ihm die Rückkehr nach Basel falle, aus allgemein politischen Gründen (wegen der bevorstehenden Revision der Bundesverfassung), dann: «Mir steht außerdem noch eine widerwärtige Arbeit mit unserer Zeitung bevor, indem W. entfernt werden muß, wenn aus der Zeitung etwas werden soll. Es ist in diesem Komite kein einziger Mann, der mit rechter Energie die Sache anfaßt, und so sind wir recht ratlos.» Im übrigen berichtet er, er habe 7 Artikel über die Revision der Bundesverfassung bereit. (His, «Mitteilungen», a. O.)

A. Heusler an Wilhelm Vischer, 29. 6. 1874: «Schenkel hat zugesagt und wird ab 1. Oktober die Redaction übernehmen.» Man hatte auf der Suche nach einem Redaktor auch den Schaffhauser Georg Daniel Schenkel (1813–1885), der schon an der «Basler Zeitung» mitgearbeitet und kurze Zeit in Basel eine theologische Professur bekleidet hatte, angefragt. Warum sich dies zerschlug, ist nicht bekannt. Heusler bittet Vischer in diesem Brief, bei der nächsten Sitzung des Zeitungskomitees (die bei ihm zu Hause stattfand) zu erscheinen, er hofft: «... du möchtest nun, da das Hindernis W. definitiv aus dem Weg geräumt ist, wieder ständiges Mitglied unseres Comités sein.» (Nachlaß W. Vischer, Vischer-Archiv, Basel, Privatbesitz.)

[131] Literatur über Arnold Joneli: Nachruf Allg. Schw. Ztg. vom 6. 5. 1894; Leichenrede, St. A.; Hans Joneli: Konservative Journalistik, Nationalzeitung 4. 9. 1932.

dem baslerischen Protestantismus eng verbunden war, hatte die Zeitung einen Kämpfer gefunden, der nun während zwei Jahrzehnten mutig und geschickt für die politischen und kirchlichen Anliegen der Konservativen eintreten sollte.